Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, den 8. Januar 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 6

Einleitung des Volksbegehrens

Antrag des Ausschusses für Fürstenenteignung an den Reichsinnenminister – Im Rechtsausschuß des Reichstags beginnt schon die Sabotage

(Eig. Drahtmeld.) Berlin, 8. Januar

Der vorläufige Ausschuß zur Regelung der Fürstenabfindung, Vorsitzender Dr. Kuczinsky, wird am Dienstag, dem 12. Januar, beim Reichsministerium des Innern den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens stellen.

*

Am Donnerstagnachmittag begann der **Rechtsausschuß mit der Beratung der Anträge über die Fürstenabfindung.** Gleich zu Beginn teilte der Vorsitzende, der Volksparteiler Dr. Kahl, mit, daß die Absicht bestehe, **die Zuständigkeit des Reiches in dieser Frage anzugreifen.**

Standalös war die Haltung des Vertreters der Preußischen Braun-Severing-Regierung. Er teilte mit, daß der Vergleich, den Hohenzollern etwa 686,2 **Millionen Mark** ausliefern soll, am 12. Oktober von den Vertretern der Regierung unterzeichnet wurde, allerdings noch nicht dem Landtag zugeleitet worden ist. Im übrigen erklärte er im Namen des Staatsministeriums, daß diese ganze Angelegenheit der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern als **eine rein preußische Angelegenheit** zu betrachten ist, **in die sich das Reich nicht einzumischen habe.**

Der Ausschuß beschloß darauf, **den preußischen Finanzminister** erst für Freitag vormittag zu laden. Der deutschnationale Vertreter Thüringens wendete sich gegen den kommunistischen Antrag auf entschädigungslose Enteignung, **da er der Reichsverfassung widerspreche,** und stimmte dafür **bezeichnenderweise dem demokratischen Antrag im wesentlichen zu.**

Die Sabotage der genannten Frage im Ausschuß wurde bereits in den ersten Sitzungen so deutlich sichtbar, daß selbst der „Vorwärts" zugeben muß, wenn man in diesem Tempo fortfahren würde, man **bis zum Sommer mit der Herbeischaffung des Material noch nicht fertig sei.**

★

Diese Nachrichten aus dem Rechtsausschuß des Reichstages lassen bereits deutlich auf, **in welcher Weise die einzelnen Parteien die entschädigungslose Enteignung der gekrönten Häuptlinge zu sabotieren beabsichtigen.** Es ist bezeichnend genug, daß der Vertreter der monarchistischen Volkspartei, Dr. Kahl, zugleich Vorsitzender des Rechtsausschusses ist, die Zuständigkeit des Reiches bei der Regelung der Fürstenabfindung bezweifelte und dadurch sich dem demokratischen Antrag näherte, der bekanntlich die Länder ermächtigen will, **durch Landesgesetze** unter Ausschluß des Rechtsweges die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen zu regeln.

Besonders markant aber ist die **Stellungnahme des deutschnationalen Vertreters.** Was wir hier an dieser Stelle am 8. Januar anläßlich der Kritik an dem Aufruf des hallischen Reichsbanners zu einer Kundgebung gegen die Fürsten kritisiert haben, das trifft jetzt wortwörtlich ein. Wir haben damals eingehend begründet, daß die Redensart der Reichsverfassung, **„den ehemaligen Fürsten gegenüber dürfen keine Ausnahmen von den verfassungsmäßigen Rechten aller Bürger gemacht werden"**, durchaus der Taktik der Deutschnationalen zugute kommt, die ja ausdrücklich verlangen, daß **auf dem Rechtswege, entsprechend der Weimarer Verfassung, den Fürsten die Millionen zustehen.** Tatsächlich hat jetzt im Rechtsausschuß der deutschnationale Vertreter sich **gegen die kommunistischen Anträge auf entschädigungslose Enteignung** deutlich mit **der Bemerkung gewandt, das widerspreche der Reichsverfassung.** Er hat dann sich ebenfalls genau so wie der monarchistische Volksparteiler Dr. Kahl **dem demokratischen Antrag genähert.**

Es ist bekanntlich auch **die sozialdemokratischen Führer mit ihrem demokratischen Antrag,** der ohne Zweifel immer noch Millionen und Abermillionen den Fürsten zuschanzen will, **heimlich,** so machen sich schon **die Konturen einer Einheitsfront von Deutschnationalen bis zur sozialdemokratischen Führung** bemerkbar, die Fürsten nicht nach machtpolitischem Gesichtspunkte, sondern **nach den Rechtsgrundsätzen bürgerlichen Eigentums** zu behandeln.

Um so mehr müssen die Massen des Proletariats, ganz gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit, auf dem Posten sein, um **Sabotage ihrer Absicht, nicht einen Pfennig den Fürsten zu geben, zu verhindern.** Je stärker der **außerparlamentarische Eindruck** sein wird, den das deutsche Proletariat auf die Parteien im Reichstag ausüben wird, desto weniger werden es die Monarchisten, desto weniger auch werden es die sozialdemokratischen Führer wagen, den Fürsten Gelder zu bewilligen.

Der Massensturm muß es erzwingen: Nicht einen einzigen roten Pfennig dem Fürstenpack. Dafür sofortige entschädigungslose und vollkommene Enteignung der gesamten Fürstenvermögen und seine Nutzbarmachung für die Volkswohlfahrt, für Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Sozialrentner!

Das nimmersatte fürstliche Räuberpack

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. Januar.

Zu welchen Ungeheuerlichkeiten die bisherige Regelung der Fürstenabfindung führte, zeigt das Beispiel von Mecklenburg-Strelitz. Der im September 1921 abgeschlossene Vertrag mit den „großherzoglichen Erben" weist nämlich der „Kronprinzessin Militza von Montenegro und dem Kronprinzen Danilow von Montenegro" nicht weniger als 8½ Millionen Mark zu.

*

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 8. Januar.

Trotzdem die Abfindungsregelung mit dem verstorbenen König von Württemberg bereits einmal abgeschlossen war, hat der Herzog Albrecht im Namen des Königshauses jetzt neue erhebliche Forderungen angemeldet. Dabei ist Herzog Albrecht bereits jetzt der größte Großgrundbesitzer Württembergs und hat bereits dadurch ein glänzendes Geschenk erhalten, daß seine Betriebe von der Gebäudeentschuldungssteuer befreit sind.

*

Jena. **Die Klagen der ehemaligen Fürsten in Thüringen gehen weiter. Sie haben sich bis jetzt auf 25 erhöht. Ein einziger dieser Prozesse erforderte beinahe ½ Million Mark Kosten. Interessant ist, daß jetzt von den Erben des Fürsten Günther zu Schwarzburg-Sondershausen-Rudolstadt der Vertrag, der im Jahre 1919 vom Landtag abgenommen wurde, angefochten wird und daß das Landgericht Erfurt diesen Vertrag als gegen die guten Sitten verstoßend erklärt hat. Anfang dieser Woche sind bereits bei der thüringischen Regierung zwei neue Klagen des Rechtsvertreters der Schwarzburg-Sondershäuser Familie eingelaufen. Man sieht, die Fürsten, die angeblich verhungern müssen, bringen für die nicht unbeträchtlichen Kosten ihrer Prozesse immer noch genügend Geld auf.**

*

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß vor Weihnachten im Rechtsausschuß des Reichstags mit den Stimmen auch der SPD. ein **kommunistischer Antrag** abgelehnt wurde, der **die sofortige Annullierung aller schwebenden Fürstenprozesse** verlangte. Jetzt haben diese Räuber noch Zeit, **vor einer reichsgesetzlichen Regelung sich von der reaktionären Justiz „von Rechts wegen" ihre Millionen zuschieben zu lassen.**

Sozialdemokratische Blätter gegen die Stellung des SPD.-Vorstandes in der Frage des Volksentscheids

Im Anschluß an die Mitteilung des SPD.-Vorstandes über die „Prüfung" des Volksentscheids schreibt die Chemnitzer „Volksstimme" vom 6. Januar:

„Wir sind der Meinung, daß das Objekt, das wahrlich nicht von Pappe ist, den Einsatz eines Volksentscheids lohnt. Wir sind auch der Meinung, daß die Schwierigkeiten keineswegs unüberwindlich sind und daß man sie nicht übertreiben soll . . . U. E. hat der Volksentscheid über den Skandal der Fürstenabfindung die denkbar beste Aussicht auf Gelingen."

*

Sogar das „Hamburger Echo" schreibt dazu:

„Wer nur Schwierigkeiten des Volksbegehrens und Volksentscheides hervorhebt, der wird allerdings schwerlich den erforderlichen Druck auf die Reichstagsparteien auslösen."

*

Die „Märkische Volksstimme", das Kottbuser SPD.-Organ schreibt am 6. Januar:

„Es ist nicht ohne Interesse, zu erfahren, daß der Hauptreiber zur Großen Koalition, das Zentrum, nicht mit uns in der Fürstenabfindung konform gehen will. Da auch die übrigen bürgerlichen Parteien in dieser Sache unsichere Kantonisten sind, so ist dringend nötig, einen Volksentscheid anzurufen. Dieser wird den Fürsten geben, was ihnen gebührt, den Tritt in den monarchistischen Hintern."

Majestätsbeleidigung in der Republik

Diese republikanische Justiz macht uns keiner nach

Gegen das Berliner Abendblatt „Die Welt am Abend" ist vom Staatsanwalt Anklage erhoben worden, weil es ein satirisches Gedicht über Wilhelm und die Fürstenabfindung gebracht hatte.

Technik und Aussichten des Volksentscheids

für entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Halle, 8. Januar.

Die Frage des Volksentscheids, die durch das Vorgehen der KPD. in ein akutes Stadium getreten ist, verlangt, daß wir uns mit den technischen Vorbereitungen des Volksentscheids beschäftigen. Vor einigen Tagen hat im „Vorwärts" Wilhelm Dittmann einen großen Artikel geschrieben, unter der Ueberschrift **„Volksbegehren und Volksentscheid"**, der in breitester Form die Schwierigkeiten aufrollte, die ein Volksentscheid mit sich bringt. Er gab damit eine, wenn auch ungewollte **Kritik der Weimarer Verfassung,** die doch die demokratischste aller Verfassungen sein soll, und die nicht genug von der SPD. gelobt werden kann. Herr Dittmann führte alle Phasen des Volksentscheids an, von denen sich z. B. das **Eintragungsverfahren,** dem er einen großen Abschnitt gewidmet hat, vollkommen erübrigt. Da für politische Parteien, die mindestens 5000 Unterzeichner (Reichstagswähler) glaubhaft machen können, das Eintragungsverfahren fortfällt, kommt dieses Eintragungsverfahren gar nicht in Betracht. Der Zweck, den Herr Dittmann mit seiner Miesmacherei verfolgt, ist allzu durchsichtig. Der SPD. ist nicht daran gelegen, daß die Fürsten entschädigungslos enteignet werden. Ein solcher Volksentscheid mit seinen Schwierigkeiten, die nicht zu leugnen sind, erinnert zu sehr an die **großen Unterlassungssünden der SPD.** und hat darüber hinaus zur Folge, daß die Wähler in Bewegung geraten, was der SPD. als Partei nicht in den Kram paßt.

Ein Volksentscheid kann auf **sechsfache Art** in Szene gesetzt werden. In den beiden ersten Fällen, hauptsächlich im ersten Fall, geht die Initiative vom „Volke" aus, in den letzten vier Fällen vom Reichspräsidenten bzw. vom Reichsrat, wenn sich in den gesetzgebenden Körperschaften, Reichstag, Reichsrat, Präsident Unstimmigkeiten und verschiedene Auffassungen ergeben haben. Bei einem Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten kommt lediglich die erste Art eines Volksentscheids in Betracht. Sie lautet:

Ein Volksentscheid muß durchgeführt werden, wenn ein Zehntel der stimmberechtigten Reichstagswähler unter Zugrundelegung eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes dessen Vorlegung begehrt hat und dieser Gesetzentwurf im Reichstag nicht unverändert angenommen worden ist.

Diese Art des Zustandekommens eines Volksentscheids ist also näher zu betrachten, weil sie den genauen Verlauf des Volksentscheids aufzeigt. **Bevor der eigentliche Volksentscheid zustandekommt, müssen ein Zehntel aller Reichstagswähler, also 3 900 000 Reichstagswähler, sich schriftlich für das Gesetz auf entschädigungslose Enteignung verpflichtet haben.** Dies geschieht dadurch, daß alle Gemeinden und Behörden **Einzeichnungslisten** auslegen, die **vier Wochen** zur Zeichnung ausliegen. Im Verlauf dieser Wochen müssen sich 3 900 000 Wähler in die Listen eingezeichnet haben. Diese Eintragung wird mit dem Namen **„Volksbegehren"** bezeichnet. Es ist selbstverständlich, daß in den vier Wochen des Ausliegens der Listen eine **große Agitation entfaltet** werden muß, damit die 3 900 000 Unterschriften zusammenkommen. Da zahlreiche Behörden durch Schikanen zu wenig Listen auslegen, wird es notwendig sein, sich bei dem Volksbegehren **hauptsächlich auf die Städte** zu konzentrieren. Gelingt es, 3 900 000 Unterschriften zu sammeln — die Gewerkschaften haben zirka fünf Millionen Mitglieder —, so geht der Gesetzentwurf auf entschädigungslose Enteignung **vor den Reichstag** und es wird dort über das Gesetz abgestimmt. Erhält dieser Antrag auf entschädigungslose Enteignung eine **parlamentarische Mehrheit,** so erübrigt sich der eigentliche Volksentscheid und das Volksbegehren hat bereits den günstigen Erfolg erzielt. Man darf nicht vergessen, daß ein Druck von beinahe 4 000 000 Stimmen, besonders wenn sie schnell aufgebracht werden, seine Wirkung nicht so ohne weiteres verfehlen wird. Natürlich soll man sich darauf nicht verlassen. Im Gegenteil: es ist damit zu rechnen, daß ein solches Gesetz, hinter dem vier Millionen Unterschriften stehen, trotzdem bei der Abstimmung im Reichstag unter den Tisch fällt und daß der Reichstag einen **anderen Gesetzentwurf** ausarbeitet, der die Mehrheit des Parlaments findet.

Sodann tritt der eigentliche Volksentscheid erst in Aktion. Das heißt: **Alle beide Gesetzesanträge, derjenige auf entschädigungslose Enteignung und derjenige auf Abfindung der Fürsten wird zur Frage des Volksentscheides vorgelegt, und die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet dann endgültig.** Es ist selbstverständlich, daß einer solchen Entscheidung eine ganz intensive Agitation vorangehen muß. **Es ist notwendig, hier eine Einschätzung zu machen und auf die Erfolgsaussichten der beiden Gesetzentwürfe,** die dann vorliegen, einzugehen. Diese Aussichten sind unseres Erachtens **überaus günstig für den Gesetzentwurf der entschädigungslosen Enteignung.** Warum? Es ist klar, daß die **Gegenseite in ihrer Agitation vollkommen in der Defensive sein wird.** Nicht nur, weil ihr ein solcher Wahlgang aufgezwungen worden ist, sondern **weil sich wirklich kein agitatorisches Kapital aus der Abfindung der davongelaufenen fürstlichen Deserteure schlagen läßt. Die Kraft der Agitation liegt auf unserer Seite.** Das bedeutet aber, daß die **Wahlmüdigkeit auf der Gegenseite überaus stark sein wird.** Wenn wir mit einer 60prozentigen Wahlbeteiligung rechnen, würden also in diesem Wahlgang des eigentlichen Volksentscheides nur 24 Millionen Stimmen abgegeben werden, von denen etwa nicht wie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260108-16/fragment/page=0001

12 Millionen Stimmen genügen würden, um den Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten mit Erfolg durchzuführen. Es ist wirklich kein Optimismus, wenn wir feststellen, daß eine Abgabe von 12 Millionen Stimmen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten durchaus möglich ist, und alle Aussicht besteht, daß ein Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung mit Erfolg durchgeführt werden kann. Das ist besonders der Fall, wenn das Reichsbanner, wenn die Sozialdemokratie, wenn der ADGB. seine ganze organisatorische Kraft bei diesem Wahlgang zur Verfügung stellt.

Die ganze Methode des Volksentscheides dauert natürlicherweise beträchtliche Zeit. Sie kann sich bis auf 3 Monate erstrecken, wahrscheinlich aber wird sie etwas länger wie zwei Monate zu ihrer Durchführung nötig haben. Was die Kosten anbelangt, so haben wir darüber bereits des öfteren das Notwendige gesagt. Lediglich das sogenannte Volksbegehren bringt offizielle Kosten mit sich, weil die Einzeichnungsformulare und die Versendung der Formulare an die einzelnen Behörden von jenen Parteien, die den Volksentscheid beantragen, bezahlt werden müssen. Aber diese Kosten betragen nicht mehr als 15 000 Mark. Die inoffiziellen Kosten sind die Kosten der Agitation, die selbstverständlich, weil es zwei Kampagnen sind, nicht niedrig sein werden. Sie werden für die Parteien etwa so hoch sein, wie sie bei der Reichspräsidentenwahl gewesen sind.

Zusammengefaßt kann man sagen: es bestehen selbstverständlich große Schwierigkeiten, um einen Volksentscheid durchzuführen. Es bedarf zäher und aufopfernder Arbeit, um bis zum günstigen Ende zu gelangen. Wenn aber alle Organisationen, die nicht nur der Phrase nach republikanisch sind, frisch ans Werk gehen, besteht kein Zweifel, daß ein Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten mit Erfolg durchgeführt werden wird.

Volksentscheid für entschädigungslose Fürstenenteignung

Immer mehr Gewerkschaften stimmen dem KPD.-Vorschlag zu

In seiner Plenarversammlung am 17. Dezember beschloß der Ortsausschuß des ADGB. Teltow nach einem Referat und ausführlicher Diskussion einmütig folgende Resolution:

„Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Teltow und Umgegend fordert alle proletarischen Organisationen zum Zusammenschluß auf, um die räuberischen Pläne der Hohenzollern und ihrer Trabanten zunichte zu machen. Das Gebot der Stunde ist, diese Mittel, die diesen Ausreißern zukommen sollen, sofort den Erwerbslosen und Kurzarbeitern, Kriegsopfern, Waisen, Witwen und Sozialrentnern zur Verfügung zu stellen.

Das arbeitende Volk muß mobilisiert werden, diesen Kriegsverbrechern endlich begreiflich zu machen, daß sie kein Anrecht haben auf irgendwelche Forderungen. Wir fordern sofortigen Volksentscheid."

•

Das Gewerkschaftskartell Suhl und Umgebung nahm einstimmig eine Entschließung für Fürstenenteignung an, in der es heißt:

„Das Gewerkschaftskartell verlangt vom Bezirks- und Bundesausschuß des ADGB. gemeinsam mit KPD. und SPD. zum Volksentscheid aufzurufen. Die Parole in die Massen hinein: Keinen Pfennig den Fürsten!"

In derselben Sitzung wurde auch beschlossen, beim ADGB.-Vorstand wegen der Herausgabe religiöser Schriften schärfsten Protest zu erheben.

•

In einer vom Gewerkschaftskartell, SPD. und KPD. in Ziegenhals einberufenen öffentlichen Volksversammlung wurde nach einem Referat des Genossen Landtagsabgeordneten Zendrosch einstimmig eine Resolution für Volksentscheid auf entschädigungslose Fürstenenteignung angenommen.

SPD.-Funktionäre gegen Große Koalition, für vollständige Fürstenenteignung

(Sig. Drahtm.) Chemnitz, 8. Januar.

Wie das Zwickauer sächsische „Volksblatt" mitteilt, hat eine von etwa 100 Personen besuchte Funktionärversammlung der SPD. in Zwickau eine Resolution gefaßt, die fordert, unter keinen Umständen für die Große Koalition einzutreten und die sich mit aller Entschiedenheit für den Volksentscheid auf vollständige Enteignung der desertierten Fürsten ausspricht.

Sogar bayrische Bauernbündler für Fürstenenteignung

Das Landauer „Volksblatt", das offizielle Organ des Bayrischen Bauernbundes (der Bayrische Bauernbund ist in Bayern Regierungspartei), veröffentlichte in seiner Weihnachtsnummer einen Leitartikel gegen die Fürstenabfindung, indem es ausführt, daß zwar für die vertriebenen Elsässer und Oberschlesier kein Siedlungsland vorhanden sei, daß aber den Fürsten Tausende von Morgen zugeschanzt werden. Das Landauer „Volksblatt" schreibt:

„Man nehme den Fürsten ihr zusammengestohlenes und geraubtes Volksgut und gebe es dem werktätigen Volke: all denen, die im Schweiße ihres Angesichts sich ums tägliche Brot mühen. — In einer Zeit, wo die Kriegsteilnehmer und Kriegsktüppel nicht nur um Heim und Land betrogen, sondern mit elenden Bettelrenten abgespeist werden, in dieser Notzeit rühren sich die Parasiten, die am kranken Volkskörper Nahrung suchen.... Ein ehrlicher Zorn aus den breitesten Schichten des werktätigen Volkes flammt empor. Volk in Not! — aber was schert das die gütigen „Landesväter"? An allen Ecken und Enden erheben sich ihre gierigen Forderungen, um zu raniehen, was zu raniehen ist. Recht? Verpflichtung gegen das Volk? Ach, Unsinn!.... das ganze werktätige Volk ohne Unterschied des Standes und der Parteizugehörigkeit muß sich gegen diesen Raubzug der Fürsten erheben."

Polizeischikanen gegen die KPD. und kein Ende

Dresden. Gestern nahm die Polizei Hausuchungen bei Parteifunktionären und Zeitungsfolporteuren nach dem Arbeiter-Wandkalender vor. Es wurden einige Broschüren beschlagnahmt. Die Polizei benutzte zu den Hausuchungen die öffentliche Liste der Zeitungsfolporteure.

•

Plauen i. V. Wie die „Sächsische Rep. Korr." meldet, wurde die Frau des kommunistischen Stadtverordneten Olscher unter dem Verdacht der „Vorbereitung zum Hochverrat" verhaftet.

Schamlose Verleumder im „Volksblatt"

Das „Volksblatt" von vorgestern bringt eine Notiz über die Maßregelung des Genossen Maslow und überschreibt sie „Polizeispitzel als KPD.-Führer". Das steht diesen Leuten in der „Volksblatt"-Redaktion, die sonst immer nur so von Ethik triefen, ähnlich. Jeder Arbeiter sieht, daß die Beschuldigung gegen den Genossen Maslow, ein Polizeispitzel zu sein, eine wiederliche und schamlose Verleumdung ist. Allerdings hat sich Genosse Maslow einiger Verstöße gegen die revolutionäre Disziplin schuldig gemacht und dafür ist er gerügt worden. Die KPD. ist glücklicherweise eine revolutionäre Partei, eine andere Partei als die SPD. Während in der SPD. Leute wie Bauer und Heilmann, Noske und Grützner nach wie vor ehrenwerte Parteimitglieder sind, und man ihnen nicht einmal eine Rüge zu erteilen wagt, ist in der KPD. keine führende Persönlichkeit so gestellt, daß sie nicht restlos unter der Kontrolle der Arbeiter stände und im gegebenen Fall auch sofort und energisch zur Rechenschaft gezogen würde.

Der sozialdemokratische Professor Schazel über Sowjet-Rußland

Vor einiger Zeit berichtete der Professor Schazel, der bekannte Biologe an der Universität Jena, Mitglied der SPD. in der Jenaer Ortsgruppe der SPD., über seine Eindrücke in Sowjet-Rußland.

Das SPD.-Blatt brachte bisher keinen Bericht über jene Parteiversammlung, in der die Debatte bis spät nachts ging und heftige Formen annahm. Anläßlich der Fortsetzung der Debatte, in der mehrere menschewistische Emigranten mit den gehässigsten antibolschewistischen Tiraden auftraten, beginnt das Jenaer „Volk", das Thüringer Landesorgan der SPD., mit dem Abdruck des Referats und der Diskussion.

Den bedeutsamen Ausführungen des Professors Schazel entnehmen wir u. a. folgendes:

„Die Quelle, aus der er geschöpft habe, sei die eigene Anschauung und die Literatur. Bei der Sammlung des Materials habe er das größte Entgegenkommen gefunden, und wenn andere, wie er gelesen habe, in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt worden seien, so sei das bei ihm nicht der Fall gewesen. Die Emigranten seien in ihrer Beurteilung, das könne man menschlich verstehen, befangen und sie seien auch durchweg schon lange von Rußland abwesend, so daß sie die heutigen Verhältnisse nicht kennen könnten.

Merkwürdig sei die Übereinstimmung bei allen denen, die Rußland besucht hätten, und da spiele es keine Rolle, ob sie rechts oder links fänden, alle berichteten mit Bewunderung über das, was in Rußland geschaffen worden sei.

Der erste Eindruck, wenn man nach Moskau komme, sei der, wie in jeder anderen Stadt, es scheine zu sein, wie überall, doch wenn man es genauer betrachte, dann falle einem doch ein Unterschied auf. Es fehle jeder ausgesprochene Luxus, jedoch begegne man sehr vielen gutgekleideten und guternährten Arbeitern. Man bekomme den Eindruck, als ob in Moskau eine gutgestellte, zufriedene Arbeiterklasse vorhanden sei. Die Gebäude der Reichen und Adligen seien in Kinderhäuser und öffentliche Anstalten umgewandelt, die Kirchen seien wieder sauber aus und befänden sich in gutem Zustande. Sie seien als Baudenkmäler erklärt und würden der Nachwelt erhalten. Auffällig sei die große Anzahl von kulturpolitischen und sozialen Anstalten.

Die Wohnungsnot beginne sich langsam zu bessern... Die russischen Volkskommissare seien sehr einfache Leute, die keinen Luxus kennen und sehr bescheiden leben. Was einem in Rußland ganz besonders packe, das seien die gigantischen Demonstrationen, von denen sich der Deutsche gar keinen Begriff machen könne. Bei den Russen spielen Gefühlsmomente eine außerordentlich große Rolle.

Bettler gäbe es in Rußland viel weniger als früher, es sei damit heute gar nicht mehr so schlimm. Höchstens gebe es noch eine Anzahl professionelle Bettler, die nicht arbeiten wollten.

Die Sowjetmacht sei ein Faktor, mit dem man rechnen müsse und auch rechne. Wenn Plechanow gesagt habe: Man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen, so hätte die Geschichte den Bolschewiki doch recht gegeben. Zu bedauern sei es, daß Adler in so gereizter Weise gegen den Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation Stellung genommen habe. Es sei viel erreicht worden in der Großindustrie, jedoch beständen noch Wirtschaftsformen in allen Abstufungen, vom frühesten Mittelalter bis zum Sozialismus nebeneinander.

Die russische Bauernschaft sei rückständig. Ob sie zufrieden sei, darüber herrsche nicht eine Meinung, aber allgemein anerkannt werde, daß es heute viel besser sei, als unter dem Zaren.

Die Arbeiterschaft, darüber könne kein Zweifel sein, sei die herrschende Klasse. Das Wahlsystem sei kein so ungünstiges wie vielfach behauptet werde. Es bestehe wohl die Möglichkeit, gegen die Vorschläge zu stimmen und daß die Wahl öffentlich sei, könne sogar als ein Vorteil angesehen werden. Es gebe bei der Wahl keine Reaktion die zu befürchten sei... Die deutschen Arbeiter könnten von den russischen sehr viel lernen."

Sowjetrussische Bildung in Urwäldern und Sumpfländern

(Esperanto-Korrespondenz)

Die rückständigsten Völker in unserer Sowjetunion sind diejenigen, die im fernen Norden wohnen.

In früheren Zeiten waren diese zum unvermeidlichen Aussterben bestimmt. Man gab dies sogar öffentlich zu, da dies für eine allgemeine Selbstverständlichkeit galt. Aber Sowjet-Rußland betrachtet diese Völker auf andere Art.

Sehr viel wurde für ihre Wiedergeburt unternommen. Zur Erhöhung ihrer Kultur, richtiger gesagt zur Angewöhnung an die sowjetisierte Kultur, gab der Volkskommissar für Bildung 230 Millionen Rubel für die Bedürfnisse der Nomadenvölker aus zwecks Neubau von Schulen und gemeinsame Wohnungen bei den Schulen.

Gemeinsame Wohnungen sind dort sehr notwendig, da man ohne sie nicht lernen und auch keine Kinder betöstigen kann. Man beabsichtigt, 28 Schulen zu erbauen für die Samojeden (das nördliche Nomadenvölkchen), für die Ostjaken, Jakuten, Tungusen, Burjatmongolen und andere.

Dieselbe Anzahl Schulen bestimmte man für Kamtschadalen (Bewohner der Halbinsel Kamtschatka), Estimos, Jukagiren und Korjaken. Mit vieler Mühe und Eifer werden Lehrer für obengenannte Schulen vorbereitet. Auch hier wird viel geardeitet zur Organisierung nördlicher Komitees (das sind Komitees zur Verteidigung der zurückgebliebenen nördlichen Nomaden), zur Organisierung eines Schulnetzes für die Samojeden im Gebiet Komi, für die Ostjaken im Gebiet Turuchansk, für die Tungusen in der Republik Jakuten, und für die Tschutschen und Korjaken im Fernen Osten.

Dies schafft eine ernstliche Grundlage zum Beginn eines neuen Lebens für die heimahe vergessenen Völker. Ein guter Beweis zeigt sich darin, daß schon einige Abgeordnete der nördlichen Völkchen nach Leningrad fahren, um auf den Arbeiter-Fakultäten zu lernen. Vor zwei Wochen kamen zwei Aleute von den Komandorski-Inseln auch zu unserem Unterricht. Sie teilten uns mit, daß in ganz wilden Orten der Beringstraße (zwischen Amerika und Asien) vor kurzem die erste kommunistische Zelle aufgestellt wurde. Dies ist dort der erste Sieg des Kommunismus und der Bildung.

Im Gebiet des Flusses „Aldan" lernten im vorigen Jahr in einer Schule 13 Tunguseknaben und zwei Mädchen, und alle zeigten sich fähig in ziemlich allen Studienfächern, u. a. auch in der Mathematik. Sie waren sogar besser vorbereitet als die Kinder der Russen. Die russischen Lehrbücher taugen natürlich nicht viel für die Bedingungen der wilden Urwälder und Sumpfländer des Fernen Norden und sehr mühevoll ist es, nach ihnen zu lernen. Zurzeit macht man sich daran, für die dortigen Verhältnisse geeignetere Lehrbücher zu schaffen. Dieses ist ein großer Schritt vorwärts für jene Nomadenvölker, welche in naher Zukunft ihren Platz unter den Kulturvölkern erreichen werden, trotzdem sie vom ABC. aus beginnen mußten.

So schreitet vorwärts mit starken Schritten die Sache der Bildung bei den Sowjetminderheiten, die vor der Sowjetrevolution zum Aussterben bestimmt waren, und welche die Revolution zu vollberechtigten und nützlichen jenes Konglomerats von Nationen machte, welches sich „Sowjet-Union Sozialistischer Republiken" nennt.

P. Kirjuschin.

Ein deutschnationaler Vorstoß gegen den Völkerbund

Aber die fetten Völkerbundsposten wollen sie alle haben

Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich gegen den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund richtet. Die Interpellation weist darauf hin, daß der Völkerbund bisher nichts getan hat, um die nationalen Minderheiten zu schützen. Die Reichsregierung wird aufgefordert, den deutschen Beitritt zum Völkerbund von einer grundsätzlichen Änderung der Minderheitenpolitik des Völkerbundes abhängig zu machen. Das klingt sehr tapfer, ist aber nach Annahme der Locarno-Verträge eine leere Demonstration. Die deutschnationalen Fü[illegible] nehmen ihre Interpellation ja selbst nicht ernst. Daß der Vö[illegible] bund den deutschen Minderheiten in Tirol, in Polen usw. [illegible] helfen wird, ist klar, genau so wenig, wie er den Ukrainern [illegible] Polen und den Bessarabiern in Rumänien hilft. Fünf Minu[illegible] nach 12 entdecken die Deutschnationalen diese Tatsache. Der V[illegible] stoß der Westarp-Fraktion soll vor den Wählern im Lande [illegible] Unentwegtheit markieren.

•

Inzwischen hat, wie man weiß, der Kampf der deutschen Parte[illegible] um die Futtertrippe in Genf eingesetzt. Die fetten Völkerbu[illegible] posten werden von den Deutschnationalen genau so begehrt wie [illegible] Sozialdemokraten und vom Zentrum. Der auswärtige Ausschu[illegible] des Reichstags, der für den 9. Januar einberufen ist, wird sich [illegible] der skandalösen Posten-jägerei zu beschäftigen haben. In derselb[illegible] Sitzung will die Regierung auch über die Auswirkungen berich[illegible] die Locarno bisher gebracht hat. Allzu viel ist es nicht, aber [illegible] deutsche Bourgeoisie fühlt sich ja unter der englischen Oberton[illegible] unbegrenzt wohl und die SPD.-Führer nicht minder.

Beschuldigung des Meineides gegen Hitler und Esser

München. Der „Bayrische Kurier", das führende Organ der b[illegible] rischen Volkspartei, der entscheidenden Regierungspartei Bayerns, [illegible] hebt in einem Artikel gegen Hitler und Esser den Vorwurf des M[illegible] eids. Die völkischen Führer sollen in ihren Aussagen über die E[illegible] gänge des 1. Mai 1923 in München ganz bewußt durch eine vo[illegible] Verdrehung der Tatsachen den Meineid begangen haben.

Die Rolle der Völkischen

Ein nettes Eingeständnis

Im „Deutschen Tagesblatt" wirft der Graf Reventlow in ein[illegible] Artikel die Frage auf:

„Haben wir Völkischen wirklich ein Interesse daran, uns u[illegible] dem Schlagwort der „Ruhe und Ordnung" immer wieder von [illegible] Kapitaldemokratie für deren Zwecke einspannen zu lassen?"

Die Völkischen als Verteidiger der Kapitaldemokratie! [illegible] Eingeständnis des Grafen Reventlow kennzeichnet die Rolle [illegible] völkischen Faschistenverbände sehr richtig.

„Rationalisierung"

Betriebe werden geöffnet, wenn die Arbeiter auf Lohnabbau und verlängerte Arbeitszeit eingehen

Dortmund, 7. Januar. (Eig. Meld.) Bei Verhandlungen [illegible] die Wiederinbetriebnahme des Hörder Stahlwalzwerkes (Phö[illegible] gab Direktor Schöhmann folgende Bedingungen bekannt, u[illegible] denen die Direktion gewillt wäre, das Stahlwalzwerk wieder [illegible] Betrieb zu setzen.

1. Die Löhne aller wieder einzustellenden Arbeiter sollen [illegible] 15 Prozent reduziert werden.
2. Die Gesamtbelegschaft des Stahlwalzwerks wird um 15 P[illegible] zent herabgesetzt.

Eine Belegschaftsversammlung der Stahlwalzwerksarbeiter [illegible] 6. Januar, die zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nahm, [illegible] diese von den Direktoren vorgeschlagenen Bedingungen einstimm[illegible] abgelehnt.

Um eine Zubetriebsetzung des Stahlwalzwerks in Hörde unter [illegible] Bedingungen der Verwaltung zu verhindern, findet heute, Donn[illegible] tag, nachmittag 4 Uhr im katholischen Gesellenhaus eine Bel[illegible] schaftsversammlung aller Walzwerksarbeiter des Phö[illegible] werkes statt.

•

Gotha. Die Belegschaft des Emaillierwerkes Harjes in Go[illegible] die schon seit langer Zeit verkürzt gearbeitet hatte, war zu Ma[illegible] nachten ganz entlassen worden. Jetzt wurde ihr vom Betriebsle[illegible] mitgeteilt, daß der Betrieb wieder eröffnet würde, wenn [illegible] Arbeiter bei Bezahlung von acht Stunden eine Arbeitszeit [illegible] zehn Stunden leisten würden.

•

Chemnitz. Am 9. Dezember 1925 wurde die gesamte Belegsch[illegible] der Firma Haas, Chemnitz-Reichenhain, entlas[illegible] Die Not der Arbeiterschaft wächst unermeßlich. Aus dieser Not w[illegible] durch das Kapital Nutzen zu schneiden. So auch die Firma Ha[illegible] Reichenhain. Sie hat am 4. Januar ihren Betrieb wieder [illegible] öffnet. Allen Arbeitern, die wieder eingestellt werden sol[illegible] sind Revers zur Unterschrift vorgelegt worden, die besagen:

10 Stunden pro Tag arbeiten und 15 bis 25 Prozent Lohnabb[illegible]

Wer sich damit nicht einverstanden erklärt und den Revers [illegible] unterschreibt, wird einfach nicht wieder eingestellt.

•

Dortmund. Die Zeche „Massen" wurde am Dienstag stillgel[illegible] die dreitausend Mann starke Belegschaft wurde trotz aller Verspr[illegible] lungen auf die Straße geworfen. Es besteht die Absicht, [illegible] jüngeren Arbeiter nach Sachsen und Thüringen abzutransp[illegible] tieren. (!) — Auch auf der Zeche Kaiserstuhl 1 und 2 sollen [illegible] 13. Januar 1500 Mann entlassen werden. — Der Bochumer Ver[illegible] entlässt zum 1. Februar 60 Beamte, meist ältere Leute; weit[illegible] Entlassungen stehen bevor. Ferner sind die Gehälter der Beam[illegible] wesentlich gekürzt worden. — Bei der Bochum-Gelsenkirch[illegible] Straßenbahn wurden 60 Beamte entlassen — teilweise wurde [illegible] Betrieb stillgelegt.

•

Berlin. Im Zusammenhang mit der Bildung des Montanta[illegible] wird jetzt gemeldet, daß die Firma Thyssen & Co. sämtlichen [illegible] männischen und technischen Angestellten ihrer Berliner Niederla[illegible] zum 1. Februar gekündigt hat. Es ist dies die erste Maßna[illegible] zur „Rationalisierung" des Verkaufsgeschäftes.

•

Danzig. Die Kommuni-Werke in Elbing beabsichtigen, den [illegible] der Belegschaft zu entlassen und den Betrieb bis auf weiteres [illegible] zulegen. Die Verwaltung teilt mit, daß, trotzdem Sowjet-Ru[illegible] große Aufträge für Automobilbau und Omnibusse geben wolle, [illegible] nicht ausführt werden könnten. Die deutschen Banken [illegible] die von Sowjet-Rußland in Zahlung gegebenen Wechsel zu diskontie[illegible]

600 000 englische Arbeiter vor der gewerkschaftlichen Einigung

London, den 6. Janu[illegible]

Die Vollzugsausschüsse der Transportarbeiterunion und Union der englischen Gemeindearbeiter haben heute die Prü[illegible] des Planes einer Vereinigung beider Gewerkschaften b[illegible] Die Vereinigung der beiden Unionen würde 600 000 Arbe[illegible] fassen und den größten Arbeiterverband Englands und der [illegible] Welt darstellen.

1393 neue Abonnenten für das „Ruhrecho" geworben

Die Aktivität der Betriebszellen

Wie unser Bruderblatt, das „Ruhrecho", vom 6. Januar b[illegible] haben die Genossen in zwei Tagen 1393 neue Abonne[illegible] für das „Ruhrecho" gewonnen. Besonders die Z[illegible] haben sich aktiv an dieser Werbearbeit beteiligt und besonders [illegible] Erfolge errungen.

Dieses günstige Resultat muß auch für uns ein Ansporn und ein Ansporn sein. Auch der „Klassenkampf" m[illegible] den letzten Januarwochen eine ebenso erfolgreiche W[illegible] kampagne durchführen wie unser Bruderblatt das „Ruhrecho".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260108-16/fragment/page=0002

Die Delitzscher Erwerbslosen gegen Grützners Hungererlaß

In einer am 6. Januar stattgefundenen starkbesuchten Erwerbslosenversammlung in Delitzsch wurde einstimmig, also auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitslosen, folgende Entschließung angenommen:

„Die am Mittwoch, 6. Dezember 1926, stattgefundene Erwerbslosenvollversammlung von Delitzsch erhebt den allerschärfsten Protest gegen den unerhörten Erlaß der Hungerverordnung des Regierungspräsidenten Grützner in Merseburg vom 19. Dezember 1925. Die Not der Erwerbslosen hat so entsetzliche Formen angenommen, die Unterstützung durch den Staat ist demgegenüber so minimal, daß auf jeden Fall die Gemeinden und Kreise das Recht haben müssen, diese Zustände durch ihre Hilfe zu ändern. Die Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten Grützner hat mit einem Federstrich dieses Recht der Gemeindeverwaltungen beseitigt. Die Erwerbslosen von Delitzsch fordern daher von dem Regierungspräsidenten Grützner die sofortige Zurückziehung dieses Erlasses. Wir sprechen dem Regierungspräsidenten Grützner hierdurch für seine Handlung unsere schärfste Mißbilligung aus."

(Ausführlicher Bericht folgt in morgiger Nummer.)

Reichsbanner-Führung Weißenfels lehnt gemeinsame Kundgebung mit RFB. ab

Die Reichsbannerproleten sind empört

In einer am Mittwoch in Weißenfels stattgefundenen gewaltigen Kundgebung des Roten Frontkämpfer-Bundes, über die wir morgen berichten werden, machte Kamerad Kotulla einige interessante Mitteilungen: Als man erfahren hatte, daß das Reichsbanner am Freitag eine Kundgebung gegen die Fürstenabfindung veranstalten wolle, hat der RFB. sofort eine Delegation zum Reichsbanner geschickt mit dem Vorschlag, die Kundgebung gemeinsam durchzuführen. Das Reichsbanner antwortete zunächst ausweichend, versprach dann aber, noch am Mittwochabend zur Kundgebung des RFB. Bescheid zu geben. Dieser Bescheid traf auch ein, er lautete aber ablehnend, und zwar hatte man mit, daß eine gemeinsame Veranstaltung den Richtlinien ihrer Bundesleitung widerspräche. Kamerad Kotulla hatte noch mit, daß die Reichsbannerleute, die an der vom Ortsausschuß des ADGB. veranstalteten Kundgebung gegen die Fürstenabfindung teilgenommen, von der RB.-Führung eine ernste Rüge erhalten hätten.

Die anwesenden Reichsbannerleute waren über diese Mitteilung empört und machten in der Diskussion ihrem Herzen Luft. Wörtlich sagten sie:

Morgen haben wir Versammlung, dann wehe ihnen!

Man sieht, es gärt gewaltig im Reichsbanner. Die proletarischen Elemente wollen zusammen mit den Kameraden im RFB. eine Kampffront gegen das Fürstenpack schließen, ihre Führer aber hindern sie daran. In der Kundgebung des RFB. wurden rund 60 Neuaufnahmen gemacht.

Neues aus aller Welt

Der Amerongen hat sich filmen lassen

Der arme Mann in Amerongen reicht anscheinend nicht aus mit seinem Gelde und hat sich nun filmen lassen, um eine neue Einnahmequelle zu haben. Es wurde auf seine Veranlassung ein „Kaiserfilm" fabriziert, der jetzt überall gezeigt werden soll. Der darf damit aber anscheinend kein Glück, denn aus London wird gemeldet:

Der Kaiserfilm mußte im Kino in Northampton nach lebhaftem Protest des Publikums abgesetzt werden, das besonders durch die Darstellungen der Abnahme von Paraden im Kriege erregt wurde.

Entweder ist der Mann naiv oder verrückt, wenn er glaubt, er mit seinem Kitsch Eindruck schindet.

Lange-Hegermann außer Strafverfolgung

Wie die Morgenblätter einer Berliner Korrespondenz entnehmen, hat der Angeordnete Lange-Hegermann, gegen den im Zusammenhang mit der Barmat-Affäre schwere Beschuldigungen erhoben worden waren, außer Strafverfolgung gesetzt worden. Man sieht, wenn man kein Kommunist ist, geht die Sache viel besser.

Kein Erzberger-Mörder?

Wie die Berliner Morgenblätter aus Bad Aussee melden, ist der unter Verdacht des Mordes an Erzberger verhaftete verantwortliche Heinrich Schulz nunmehr angegeben, mit dem richtigen Namen Heinrich Vogt zu heißen. Er sei Mitglied eines Geheimbundes in Deutschland, stehe aber dem Morde an Erzberger vollkommen fern. Er ersuchte, dem Kreisgericht Leoben zugeführt zu werden, was heute oder morgen erfolgen wird.

Paul Cassirer gestorben

Vorgestern früh ist der bekannte Berliner Kunsthändler Paul Cassirer, der vorgestern einen Selbstmordversuch verübt hatte, im Jüdischen Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Massen heraus!

Volksentscheid für entschädigungslose Fürstenenteignung — Dafür bildet die einheitliche Klassenfront!

Zscherben

Hier findet die Kundgebung gegen das fürstliche Räuberpack am Sonnabend, dem 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Bolze statt. Der Landtagsabgeordnete Max Lademann wird das Referat halten.

Altranstädt

Am Sonnabend, dem 9. Januar, abends 8 Uhr trifft sich das Proletariat von Altranstädt im Gasthof von Fritz Bodin zu einer Kundgebung gegen den Fürstenraubzug und für den Volksentscheid. Als Referent wird der Genosse Otto Härtel aus Halle erscheinen.

Zeitz

Am Sonntag, dem 10. Januar, vormittags 11 Uhr demonstriert das Proletariat von Zeitz und Umgegend auf dem Schützenplatz gegen den Fürstenraubzug. Alle Organisationen, mit Einschluß des Reichsbanners und der SPD., nehmen an dieser Kundgebung und Demonstration teil. Als Referent für die KPD. wird der Genosse Gutjahr, Zeitz, sprechen.

Lützen

Ebenfalls am Sonntag, dem 10. Januar, vormittags 11 Uhr, findet im „Bürgergarten" in Lützen eine Kundgebung und eine Massendemonstration für den Volksentscheid auf entschädigungslose Fürstenenteignung statt. Als Referent ist vorgesehen Genosse Bernhard Koenen, Merseburg. Massen heraus! Von Rössen bis Großgörschen, von Zöschen bis Muschwitz, auf nach Lützen!

Kelbra

Die Kundgebung für den Volksentscheid gegen den Fürstenraubzug findet am Sonntagvormittag 10 Uhr in der „Sängerhalle" statt. Referent: Landtagsabgeordneter Paul Hoffmann, Berlin.

Hettstedt

Unterzeichnete Organisationen beschlossen in einer Sitzung vom 6. Januar, am Sonntag, dem 10. Januar, vormittags 10 Uhr, einmütig gegen die geplante Fürstenentschädigung zu demonstrieren. Sie rufen die gesamte Bevölkerung von Hettstedt und Umgegend auf, sich an der Kundgebung zu beteiligen. Keinen Pfennig den Fürsten! Höhere Löhne den Arbeitern! Ausreichende Rente für die Invaliden und Sozialrentner! Höhere Unterstützung den Erwerbslosen!

Das Gewerkschaftskartell. KPD. RFB. Arbeitslosenrat. SPD. Proletarische Freidenker-Vereinigung. Internationaler Bund der Kriegsopfer.

Beschluß für die Durchführung der Demonstration: Die oben angeführten Organisationen versammeln sich ½2 Uhr im „Hohenzollernpark" und marschieren von dort nach dem Marktplatz. Alle Organisationen der umliegenden Ortschaften richten ihren Abmarsch so ein, daß sie Punkt 2 Uhr auf den Marktplatz eintreffen. Die Arbeitersänger eröffnen die Kundgebung.

Referent in Hettstedt ist Landtagsabgeordneter Schnetter.

Wittenberg

Entsprechend den Vereinbarungen zwischen allen Arbeiterorganisationen findet in Wittenberg am Sonntag, dem 10. Januar, vormittags 10 Uhr, eine gemeinsame Kundgebung des gesamten Proletariats von Wittenberg gegen den Fürstenraubzug und für den Volksentscheid statt mit dem Genossen Ulrich Rogg als Referenten. Außerdem spricht als SPD.-Vertreter Rektor Becherer, Piesteritz. Sammelplatz: Schweinemarkt.

Ammendorf

Auf dem Platze vor dem „Deutschen Hause" demonstriert das Ammendorfer Proletariat am Sonntag, dem 10. Januar, vormittags 11 Uhr, für den Volksentscheid auf Fürstenenteignung. Als Redner ist vorgesehen der Landtagsabgeordnete Lademann. Auch in Ammendorf beteiligen sich alle Arbeiterorganisationen.

Alsleben

Am Sonntag, dem 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, veranstalten die proletarischen Organisationen von Alsleben eine Kundgebung gegen das Fürstenpack in der „Zentralhalle". Als Referent erscheint der Landtagsabgeordnete Georg Stolt (Berlin).

Düben

Nach einer Verhandlung der KPD. mit dem Gewerkschaftskartell, mit dem RFB. und dem Arbeiter-Radfahrerverein findet eine gemeinsame Kundgebung am Sonntag, dem 10. Januar, gegen die Fürstenabfindung statt. Diese Demonstrationsversammlung ist einberufen in das „Schützenhaus" nachmittags 2 Uhr. Referent: Genosse Müller.

Ramsin

Während in Düben SPD. und Reichsbanner die gemeinsame Kundgebung ablehnten, findet in Ramsin eine gemeinsame Kundgebung sämtlicher proletarischer Organisationen am Sonntag statt. Als Redner ist vorgesehen der Genosse Rödel neben einem Referenten der SPD.

Annaburg

Die Veranstaltung gegen die Fürstenabfindung und für den Volksentscheid findet hier am Sonntagnachmittag 2 Uhr im „Bürgergarten" mit dem Landtagsabgeordneten Kilian als Referenten statt. Die Kundgebung ist einberufen gemeinsam vom Ortsausschuß des ADGB., der KPD., des RFB. der proletarischen Freidenker, dem Arbeiter-Turnverein, den Erwerbslosen, dem Arbeiter-Gesangverein und dem Arbeiter-Radfahrerbund.

Könnern

Im „Bürgergarten" findet um 10 Uhr vormittags am kommenden Sonntag die Demonstrationsveranstaltung gegen das Fürstenpack statt. Mit Ausnahme der SPD. beteiligen sich alle proletarischen Organisationen. Genosse Otto Härtel, Halle, erscheint als Referent.

Torgau

Sonntag, den 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Bürgergarten" Kundgebung gegen die Fürstenentschädigung, für den Volksentscheid, einberufen vom Ortskartell des ADGB. Als Referent wird Genosse Peter Maslowski erscheinen. Daneben spricht ein Vertreter der SPD.

Bitterfeld

Sonntag nachmittag 2 Uhr im „Gesellschaftshaus" in Bitterfeld Kundgebung der proletarischen Organisationen für den Volksentscheid gegen Fürstenabfindung. Referentin: Landtagsabgeordnete Hedwig Krüger.

Leimbach

Im Lokal Tittel mit dem Genossen Weber, Großörner, als Referent findet am Sonntagvormittag 10 Uhr eine proletarische Veranstaltung gegen das Fürstenpack statt. Es wird demonstriert für die entschädigungslose Enteignung.

*

Fast in allen Orten fanden sich die Massen spontan zu den Kundgebungen zu einer Einheitsfront trotz vielfacher Sabotage der SPD.-Instanzen zusammen. Das ist ein erfreuliches Vorzeichen für die erfolgreiche Durchführung des Volksentscheids. Weiter auf diesem Wege! Die proletarische Einheitsfront wird siegen!

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen)

„Mariposa?" frage der junge Arzt in seltsamem Ton, „sind Sie Mensch?"

Das Mädchen blickte ihn betroffen an; dann stieg langsam eine tiefe Röte in ihr Gesicht: „Ich war es einmal."

„Das genügt. Ich will Ihnen vertrauen. Sagen Sie mir, wer von den Leuten hier besitzt Mut und Entschlossenheit?"

Mariposa lachte: „Keiner. Die armen Teufel sind alle wie aus Ton. Weshalb wollen Sie das wissen?"

„Das kann ich Ihnen nicht erklären, aber es muß doch zumindest einen geben."

„Nein, aber weshalb wollen Sie es wissen?"

„Ich will dem Mann nichts Böses tun, Mariposa, im Gegenteil. Können mir ruhig seinen Namen nennen."

Mariposa betrachtete forschend das blasse Gesicht des jungen Mannes. Dann erwiderte sie: „Es gibt einen: Larry."

„Larry?"

„Ja, Lawrence Smith."

„Wann kam er her?"

„Vor einem Jahr."

„Und er ist nach nicht so geworden, wie die anderen? Sie wissen, was ich meine?"

„Ich weiß. Nein, Larry ist ein starker, gesunder Mensch."

„Ich muß mit ihm sprechen."

„Es geht nicht."

„Weshalb?"

„Er ist im Gefängnis?"

„Seit einem Monat."

„Warum?"

„Er hatte einen Streit mit dem Aufseher."

„Wie lange muß er noch sitzen?"

„Drei Monate."

Sommerville seufzte. „So lange kann ich nicht warten. Mariposa, wenn Sie ein Mensch auf seinem Totenbette um etwas bäte, würden Sie seine Bitte erfüllen?"

„Herr Sommerville", sagte das Mädchen ernst.

„Wenn Sie Larry tief?"

Mariposa nickte. „Er ist der einzige, der mich wie einen Menschen behandelt."

„Gut. Sie sollen ihm, wenn er frei wird, von mir eine Botschaft übergeben."

„Sie können ja dann selbst mit ihm sprechen, Herr Sommerville."

„Sagte ich Ihnen denn nicht, daß ein Mensch Sie auf seinem Totenbette um etwas bittet?"

Das Mädchen schaute ihn ängstlich und verwirrt an. „Herr Sommerville . . ."

Aber Sommerville beachtete ihre Worte nicht. Er stand auf, ging an seinen Schreibtisch, schloß die Lade auf und holte eine Schachtel hervor. Dann öffnete er die Schachtel und zeigte sie Mariposa.

„Sehen Sie dieses weiße Pulver?"

Sie nickte.

Sommerville reichte ihr nun eine kleine Spritze, ähnlich jenen, mit denen Morphiuminjektionen gemacht werden.

„Dieses Pulver wird in gekochtem Wasser aufgelöst, Mariposa, ein Eßlöffel auf ein Wasserglas. Von dieser Lösung soll sich Larry täglich eine Spritze machen. Ich weiß ja nicht", fuhr er mehr zu sich selbst als zu dem Mädchen sprechend fort, „auf wie lange Zeit es nützt, aber auf ein Jahr bestimmt. Und in einem Jahr kann sich manches ereignen. Werden Sie es Larry ausrichten?"

„Ja," versprach das Mädchen.

„Es reicht nur für einen Menschen", erklärte der Arzt traurig.

„Ich konnte nicht mehr herstellen, man nahm mir das Material fort."

Er verstummte und auch das Mädchen schwieg.

„Sagen Sie Larry, er solle genau auf alles achten, was geschieht. Ich hatte alles niedergeschrieben, einen genauen Bericht; aber dieser Bericht wurde bei der letzten Haussuchung gefunden und vernichtet. Noch eins, Larry soll versuchen, alle zwei bis drei Monate ins Gefängnis zu kommen."

Mariposa lachte unwillkürlich auf.

„Ins Gefängnis?" wiederholte sie verständnislos.

„Ja", erwiderte Sommerville tiefernst. „Das Gefängnis kann seine Rettung bedeuten."

Abermals verstummte er. Mariposa steckte die Schachtel in ihre Tasche und blickte den Arzt unsicher an. Schließlich fragte sie schüchtern: „Soll ich jetzt gehen, Herr Sommerville?"

„Ja, Mariposa, ich danke Ihnen."

Das Mädchen erhob sich.

Unvermittelt fragte Sommerville: „Haben Sie schon Tote gesehen, Mariposa?"

„Ja, weshalb?"

„Haben Sie Angst vor Toten?"

„Es gibt nichts auf der Welt, vor dem ich Angst habe", entgegnete Mariposa hart.

„Dann will ich Sie noch um eins bitten. Der Gedanke, daß diese Flintenmänner, oder, was noch ärger ist, Lex und Benett mich anrühren, ekelt mich. Kommen Sie in einer halben Stunde wieder, Mariposa, und drücken Sie mir die Augen zu!"

„Still!" sagte Sommerville ernst. „Ich bin am Ende meiner Kräfte. Es gibt für mich nur noch den einen Ausweg. Werden Sie kommen?"

„Ja."

Sommerville drückte dem Mädchen fest die Hand. „Danke."

Mariposa eilte zitternd aus der Hütte.

Als der Morgen anbrach, kehrte sie zurück. Sommerville lag reglos auf dem Sofa, neben sich eine kleine geleerte Flasche. Die toten Augen starrten zur Decke empor. Um den Mund lag ein Zug furchtbaren Hasses.

Die kleine Prostituierte drückte dem Toten die Augen zu. Dann schritt sie leise in den strahlenden Morgen hinaus. Goldener Sonnenschein überflutete mit verklärendem Licht die Hölleninsel.

Der Nordpol in Neuyork

Frau Delia Bright lag auf der Chaiselongue in ihrem Schlafzimmer und ruhte sich vor dem großen Diner aus, das Herr und Frau Bright ihrem Neffen zu Ehren am Abend geben würden.

Die schöne Frau lag reglos da, mit geschlossenen Augen.

Nicht etwa, daß sie einen anstrengenden Tag hinter sich hatte; sie befolgte nur den Rat des neuesten Modearztes, jeden Tag eine Stunde vollkommen reglos zu liegen, dabei nicht zu lesen, ja nicht einmal zu denken. Diese Rast sollte die Gesichtsmuskeln ausruhen. Dr. Swinney riet auch seinen Patientinnen, diese Ruhestunden in einer schönen, harmonischen Umgebung zu verbringen, weil dies wohltuend auf die Nerven wirke.

Delia Bright befolgte den Rat des Arztes. Alles, was Kunst und Schönheitssinn in allen Jahrhunderten geschaffen hatten, schmückte das geräumige Zimmer, das fast ein Saal genannt werden konnte. Die Wände waren mit blaßrosa Seide tapeziert, mit schönen Gemälden geschmückt, mit Bildern, die nur an die guten Dinge des Lebens gemahnten, jeden Mißklang sorgfältig vermieden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260108-16/fragment/page=0003

Versammlungen der KPD.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbüroen Telephonruf 8237

Stadtverordneten-Fraktion. Am Sonntag, dem 10. Januar, abends 7 Uhr, findet im „Volkspark" eine wichtige Stadtverordneten-Fraktionssitzung statt. Alle Stadtverordneten haben unbedingt zu erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Achtung, Distriktsführer! Am Freitag, dem 8. Januar, abends 6 Uhr, Karten zur „Lenin-Feier" im Ortsbüroen abholen.

Distrikt 13a. Am Sonntag, dem 10. Januar, findet um 4½ Uhr im „Turnerschlößchen" (Gründrähe) eine wichtige Funktionärsitzung statt. Gleichzeitig müssen alle Zehnerkassierer ihren Wochenbeitrag mitbringen. Das Erscheinen aller Funktionäre ist dringende Notwendigkeit.

Seebenau. Große außerordentlich wichtige Funktionärsitzung am Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig". Ein Vertreter der Bezirksleitung ist anwesend.

Lettin. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal „Erholung". Wichtige Tagesordnung. Restlos Erscheinen ist Pflicht.

Zörbigen. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Bolze. Referent Genosse Max Lademann.

Bopitz. „Lenin-Gedenkfeier-Kundgebung-Feier Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Koch, Modelwitz. Referent Genosse Otto Kilian.

Ammendorf. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 11 Uhr, vor dem Platze am „Deutschen Haus". Referent Genosse Max Lademann.

Könnern. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Bürgergarten". Referent Genosse Otto Härtel, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Altranstädt. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Fritz Roßner. Referent Genosse Otto Härtel, Halle.

Lützen. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Bürgergarten". Referent Genosse Bernhardi Kaenen, Merseburg.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Alsleben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Reinhorn". Referent ist anwesend.

Eisleben. Große Funktionärsitzung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus". Der gesamte Vorstand, die Unterkassierer, Fraktionsleiter usw. haben unbedingt zu erscheinen.

Hettstedt. Betriebsrätekonferenz Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark". Alle hierzu aus dem Hettstedter Industriegebiet Eingeladenen müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

Hettstedt. Reichsverbandsversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Markt. Referent Landtagsabgeordneter Richard Schnetter, Berlin.

Alsleben. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, in der „Zentralhalle". Referent Landtagsabgeordneter Stoll, Berlin.

Kelbra. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 10 Uhr, in der „Sängerhalle". Referent Landtagsabgeordneter Hoffmann, Berlin.

Leimbach. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokal Zittel. Referent Genosse Richard Weber, Größner.

Hettstedt. Alle Mitglieder haben sich Sonntag an der Kundgebung zu beteiligen. 1½ Uhr sammelt sich die Ortsgruppe.

Burgscheidungen. Alle Mitglieder der Ortsgruppe haben sich an der Kundgebung in Hettstedt zu beteiligen. Abmarsch 1½ Uhr.

Molmerk. Alle Mitglieder der Ortsgruppe haben sich an der Kundgebung in Hettstedt zu beteiligen. Abmarsch 1½ Uhr.

Gerbstedt. Alle Mitglieder der Ortsgruppe haben sich an der Kundgebung in Hettstedt zu beteiligen. Abmarsch 1 Uhr.

Widerstedt. Alle Mitglieder der Ortsgruppe haben sich an der Kundgebung in Hettstedt zu beteiligen. Abmarsch 1 Uhr.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Gandersdorf. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 6 Uhr, bei Mittler. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Belgern. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr. Tagesordnung: Parteiangelegenheiten. Alles muß restlos erscheinen und die Gelder der verkauften Partei-in-Not-Marken mitzubringen.

Torgau. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Bürgergarten". Referent Genosse Peter Maslowski, Halle.

Annaburg. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Bürgergarten". Referent Genosse Otto Kilian, Halle.

Wittenberg. Betriebsrätekonferenz Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg. Alle hierzu eingeladenen Genossen aus dem Wittenberger Industriegebiet müssen bestimmt erscheinen.

Delitzsch. Betriebsrätekonferenz Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Lindenhof". Alle hierzu eingeladenen Genossen müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

Wittenberg. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 11 Uhr, auf dem Markt. Referent Genosse Roßg, Wittenberg.

Bitterfeld. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Referent Genosse Krüger, Halle.

Düben. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Schützenhaus". Referent Genosse H. Müller, Bitterfeld.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Gröben-Kautzsch. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, abends 7 Uhr, im Gasthof zu Kautzsch. Referent von der BL ist zur Stelle. Alles muß deshalb bestimmt erscheinen.

Zeitz. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, in der „Herberge". Ein Vertreter der BL ist anwesend. Erscheinen ist Pflicht.

Bad Kösen-Langenbogen. Sonntag, 10. Januar, Versammlung an der Kundgebung in Zeitz. Sammeln vorm. 10 Uhr „Diana"-Saal. Sämtliche Genossen haben teilzunehmen.

Teuchern. Generalversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen. Referent von der BL anwesend.

Zeitz. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 10. Januar, vormittags 11 Uhr, auf dem „Schützenplatz". Sammelpunkt der gesamten Ortsgruppe 10½ Uhr an der „Krone", Gerberstraße.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

Versammlungen der Roten Hilfe

Zeitz. Sonntag, 10. Januar, wichtige Mitgliederversammlung nachmittags 4 Uhr in der „Schuhmacherherberge".

Bernburg. Sonntag 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Klostermansfeld im „Hohenzollern" wichtige Mitgliederversammlung.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Heute, Freitag, abend 8 Uhr LA.-Sitzung im Bureau der JAH.

Sangerhausen. Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug" Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Zeitz. Sonntag, 10. Januar, abends 8 Uhr, „Schuhmacherherberge" Generalversammlung. Referent: Höcker, Halle. Sympathisierende Männer und Frauen können durch Mitglieder eingeführt werden.

Weißenfels. Montag, 11. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" Jahres-Generalversammlung. Tagesordnung: Tätigkeitsbericht, Neuwahl der Ortsgruppenleitung. Alle Einzel- und Korporativmitglieder sind zum Erscheinen verpflichtet.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gauleiteriat: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Laden). Geöffnet: Montagtags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr, Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Jeden 2. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden des RFB. und des Jungsturms beteiligen sich am Sonntag, dem 10. Januar, an dem festgesetzten Ausmarsch. Abmarsch der Bezirke wie folgt:

Bezirk 1 (Süden) 9 Uhr vormittags Rathplatz
Bezirk 2 (Süden) ½9 Uhr vormittags Johannisplatz
Bezirk 3 (Westen) 9 Uhr vormittags Weingärten
Bezirk 4 (Norden) 8 Uhr vormittags Wettinplatz
Bezirk 5 (Zentrum) ½10 Uhr vormittags Paradeplatz
Spielleute nach der vom Spielmannsleiter gemachten Aufteilung.
Kapelle ¾10 Uhr vom Paradeplatz.

Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Generalversammlung. Jeder

Untergau Saalkreis

Hohenthurm. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, Gasthof Petersdorf Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Ammendorf. Freitag, 8. Januar, „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung. Karten mitbringen. Referent R. H. anwesend.

Canena. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, bei Wunkel Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.

Löbejün. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, im „Adler" Pflichtversammlung. Karten mitbringen.

Untergau Merseburg

Lützen. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Generalversammlung.

Leuchstädt. Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Stadt Leipzig" außerordentliche Generalversammlung. Nichterscheinen zieht Ausschluß nach sich. Mitgliedskarten nicht vergessen.

Kürrenberg. Freitag, 8. Januar, bei Mennicke („Stadt Leipzig") Pflichtversammlung. Bericht von der Unterzeichnerkonferenz.

Querfurt. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, „Schützenhaus" in Thalborf Generalversammlung. Alle erscheinen und Karten mitbringen. Referent Paul Koch, Merseburg.

Neumark. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Vorstandssitzung.

Neumark. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung. Vorstandswahl.

Rattmannsdorf. Freitag, 8. Januar, 8 Uhr, Generalversammlung. Karten mitbringen.

Untergau Köthen-Bitterfeld

Radefeld. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof Freitag.

Untergau Köthen-Bitterfeld. Alle Ortsgruppen werden zur restlosen Beteiligung am Sonnabend in Pupitz aufgefordert.

Pupitz. Sonnabend, 9. Januar, im Gasthof Modelwitz Werbeabend mit Theateraufführung. Anfang 8 Uhr.

Köthen-Bitterfeld. Sonntag, 10. Januar, vormittags ½9 Uhr, aller unbedingt auf dem Stellplatz zum Werbemarsch für die JAH. antreten. Antreten Pflicht. Uniformen mitbringen.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Die Ortsgruppen des Untergaues beteiligen sich an der Massenkundgebung gegen den Fürstenraub in Hettstedt.

Hettstedt. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen mit Spielmannszug an der Massenkundgebung. Antreten ½3 Uhr aller Bezirke und Spielmannszug im „Hohenzollernpark".

Hettstedt. Abmarsch nach Leimbach zur Demonstration am 10. Januar mit Spielmannszug pünktlich vormittags 7 Uhr. Sammelplatz Zentrale.

Leimbach. Freitag, 8. Januar, 7 Uhr, Pflichtversammlung im Lokal Zittel.

Klostermansfeld. Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, Versammlung im „Hohenzollern". Mitgliedsbücher mitbringen. Sämtliche Kameraden haben zu erscheinen. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Oberröblingen. Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr, bei Hunge, Unterröblingen, Generalversammlung. Marken abrechnen. Alles erscheinen.

Eisleben. Bezirk 2. Sonntag, 10. Januar, vorm. 10 Uhr, Bezirksversammlung. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Eisleben. Bezirk 1 und 2. Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, Versammlung im Saale des „Hohenzollern". Alles erscheinen und Karten mitbringen.

Untergau Sangerhausen

Sangerhausen. Sonntag nachmittag 3 Uhr außerordentliche Vollversammlung im „Herrenkrug". Erscheinen ist Pflicht.

Artern. Sonntag, 10. Januar, nachmittags ½10 Uhr, „Goethehaus" Pflichtversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Untergau Bitterfeld

Raußn. Sonnabend, 9. Januar, 7 Uhr, Gasthof Raußn Werbeabend mit Fackelzug.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Freitag, 8. Januar, ½8 Uhr, bei Freudenberg Ueben des Spielmannszuges.

Wittenberg. Spielmannszug Freitag abend ½8 Uhr Ueben bei Freudenberg.

Wittenberg. Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr, Antreten zur Demonstration bei Freudenberg. Bundeskleidung. Spielleute mit Instrumenten.

Untergau Delitzsch

Zörbig. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, bei Sonntag Mitgliederversammlung.

Delitzsch. Freitag, 8. Januar, 8 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.

Untergau Eilenburg

Untergau Eilenburg. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, „Stadthalle" Großversammlung. Alle Sympathisierenden sind eingeladen. Referent Kameraden Rüß, Meißen.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Untergau-Konferenz Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr, in Falkenberg, „Geselschaftshaus". Es haben die Ortsgruppen Annaburg, Belgern, Grünewalde, Mühlberg, Mauendorf, Nichtewitz, Torgau, Weidenhain, Zinna, Falkenberg einen Delegierten zu entsenden.

Arbeitsgebiet Mühlberg. Sonntag, 10. Januar, nachm. 2 Uhr, Pflichtversammlung des gesamten Arbeitsgebietes im Gasthof zu Lehndorf. Die Ortsgruppen Mühlberg und Kathorf haben zu erscheinen. Kathorf sämtliches Material mitbringen.

Mühlberg. Sonntag, 10. Januar, nimmt die gesamte Ortsgruppe an der Versammlung in Lehndorf teil. Abmarsch 1½ Uhr. Alles erscheinen.

Arbeitsgebiet Elsterwerda. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Gasthof „Quelle" den gesamten Werbebezirk Pflichtversammlung. Es müssen erscheinen Elsterwerda, Bielaa, Prößen, Granschütz, Merzdorf, Grödick, Frauenhain, Steinchen, Schönhain und Steinpaulin werden an ihre Pflichten erinnert.

Untergau Weißenfels

Teuchern. Sonntag, 10. Januar, vormittags 8 Uhr, Abmarsch vom „Grünen Baum" nach Zeitz zur Demonstration. Gruppenführer verantwortlich für Erscheinen.

Untergau Zeitz

Alle Ortsgruppen des Untergaues haben sich an der am Sonntag, dem 10. Januar, stattfindenden Demonstration geschlossen zu beteiligen. Marschaufstellung: Treffpunkt vormittags 10 Uhr Oettlers Brauerei.

Zeitz. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Funktionärversammlung.

Zeitz. Sonntag, 10. Januar, vormittags 10½ Uhr, Antreten zur Demonstration Oettlers Brauerei. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Naumburg. Sonntag, 10. Januar, vormittags ½9 Uhr, tritt die gesamte Ortsgruppe an zur Teilnahme an der Zeitzer Demonstration.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Stadt-Theater
Sonnabend 7½ Uhr **Verkaufte Braut** Ende 10 Uhr
Sonntag 3 Uhr **Das gewandelte Teufelchen** Ende 5½ Uhr
Sonntag 7½ Uhr **„Der Orlow"**

Zeitgemäße §93 **Bettfedern-Reinigung** mit modernster Anlage gründlichst und preiswert
Bettenhaus Bruno Paris Kl. Ulrichstr. 2 Eing. Kanzleigasse 2 Minuten v. Markt

Waschbär-Waren billigst

Bügelbinder .. 20 Pf.
Mod. Binder .. 95 Pf.
Diplomaten .. 25 Pf.
Regatten ..... 95 Pf.
Gummi-Hosenträger .. 50 Pf.
Damen-Sockenhalter ..... 40 Pf.
Gute Socken .. 60 Pf.
Kniestutzen ... 1,50
Seidenschals ... 2,25
Hipskragen ... 35 Pf.
Sportgarnituren .. 60 Pf.
Wollgem. Hemden 2,75
Ebs.-Hemden .. 2,75
Wielarbeinhemden .3,50
Unterhosen ... 2,25
Dauerwäsche-Vertrieb nicht mehr Geisthöfe 17
sondern nur Kleiner Berlin 2 Eing. Stermstr

Masken große Auswahl, v. 2—15 Mk. **Böckstr. 13, H.**

Prima fettes **Ziegenfleisch** Pfd. 50 bis 80 Pf. **W. Bornstein** Unterberg 17

Hamburger Fischhalle Zeitz, Brüderstr. 9

Täglich frisch: Schellfisch, Kabeljau, Goldbarsch, Elbfische, Räucherwaren in großer Auswahl billigst
Bollick-Heringe Stck. 10, 13, 15, 18 ₰
Schnittlauch ¼ ℔ 25 ₰
Zitronen 3 Stück 5 ₰

Alte Bücher empfehlen die **Buchhandlungen** Harz 42/44 Merseburgerstr. 14

Alex **Michel** Halle-Saale am Markt
Weitere Angebote
während unseres Inventur - Ausverkaufes

Weiße Einsatz-Hemden schöne Muster	Stück jetzt	1,95
Gefütterte Herren-Unterhose prima Qualität	jetzt	2,75
Männer-Barchent-Hemd gestreift, volle Weite, haltbare Qualität	von	2,75
Cheviot-Kleid reine Wolle, jugendliche Form, reizende Verarbeitung	jetzt	6,95
Cheviot-Kleid reine Wolle, reich an Tressen- und Knopfgarnitur, mit langen Ärmeln		9,75
Krepp-Kleid in vielen Farben	jetzt	3,95
Cheviot reine Wolle, 130 cm breit, in vielen Farbe	Meter jetzt	2,95
Moderne Schotten ca. 105 cm breit, neue Farbstellungen	Meter jetzt	1,75
Woll-Musseline 80 cm breit, moderne Muster	Meter	2,95
Damen-Hemdhose aus prima Wäschestoff, reich mit Hohlsaum garniert	jetzt	2,95
Ein großer Posten Sporthemden mit Schillerkragen prima Zephir, schöne Verarbeitung	von	1,95
Hemdentuch nur gute, solide Qualitäten eigener Ausrüstung	jetzt von	0,52
Bettbezug mit Kissen, aus gutem Wäschetuch, fertig genäht	jetzt	5,35
Kaffegedeck mit 6 Servietten, in vielen schönen Farben	jetzt	2,95

Alex **Michel** Halle-Saale am Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260108-16/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Leipart über die gewerkschaftlichen Aufgaben im Jahre 1926

In der Silvesternummer der „Volkswacht", dem sozialdemokratischen Organ für Schlesien, schreibt Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB., einen Artikel: **„Worum geht unser Kampf?"**

Man sollte annehmen, daß der erste Mann des 5-Millionenheeres freier Gewerkschafter etwas **neues** zu sagen hat angesichts der ungeheuren Krise, angesichts eines Millionenheeres von Arbeitslosen und Kurzarbeitern und angesichts der Tatsache, daß der Rationalisierungsfeldzug der Unternehmer geführt wird mit dem Ziele, Millionen für immer aus dem Produktionsprozeß zu entfernen, um mit Hilfe einer riesenhaften industriellen Reservearmee einen ungeheuren Druck auf die noch beschäftigten Arbeiter auszuüben. Man sollte auch annehmen, daß die provokatorische Haltung der Reichsregierung bei allen die Arbeiter betreffenden Fragen verurteilt und angeprangert wird. Nichts von alledem.

Unter völliger Verkennung der Wirklichkeit spricht Leipart zunächst von Erfolgen und zählt zu diesen die Tatsache, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen ein Gewerkschaftsvertreter zugezogen wurde. Bei den zollpolitischen Kämpfen hätten die Gewerkschaften wenigstens verhindert, daß die Zollsätze noch höher, als geschehen, festgesetzt wurden. Wir müssen gestehen, daß diese „Erfolge" mehr als mager und gerade nicht angetan sind, die Werbekraft der freien Gewerkschaften zu erhöhen.

Wenn schließlich Leipart schreibt, daß das vergangene Jahr charakterisiert war **„durch die gewerkschaftliche Forderung nach Gleichberechtigung in der Wirtschaft"**, dann propagiert er nur noch einmal den verhängnisvollen, auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau manifestierten Wunsch der Gewerkschaftsführer nach der „Wirtschaftsdemokratie". Gerade das vergangene Jahr hat dem Proletariat mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß das Verlangen nach der Wirtschaftsdemokratie, nach der „Gleichberechtigung" mit den Kapitalisten, ein **vergebliches Verlangen** ist. Die Kapitalisten denken nicht daran, weder wirtschaftlich noch politisch ihre Macht zu teilen mit den Gewerkschaften. Sie haben es bewiesen. Wir erinnern nur an die **„Aktennotiz"** des Unternehmersyndikus Dr. Meissinger und dessen restlose Unterstützung durch das Reichsarbeitsministerium. Wir erinnern an die Preissenkungsaktion der Luther-Regierung, die in Wirklichkeit ein auf Befehl der Unternehmer durchgeführtes Verbot jeglicher Lohnerhöhung vorstellte. Wir erinnern endlich an die immer offener verlangte **Diktatur der Wirtschaft** (der Schwerindustrie und der Banken) und das Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Angesichts dieser brutal verlangten offenen Unternehmerdiktatur weiter dem Phantom der **Gleichberechtigung** und der Mitbestimmung nachzujagen, ist mehr als verwunderlich.

Leipart sieht das große Elend des arbeitslosen und kurzarbeitenden Millionenheeres. Er rechnet bei der Versorgung dieser Opfer nicht nur auf die Unterstützung aller Arbeiter, sondern **„aller gerechtdenkenden Kreise"**. Er wird die „gerechtdenkenden Kreise" mit der Laterne suchen müssen.

Leipart versucht schließlich einen Umriß der Wirtschaftskrise — Stockung im Güterabsatz, Mangel an Betriebskapital **zu niedrem Zinsfuß**, Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes — zu geben und schreibt dann:

„Die von den Vortführern des Unternehmertums verfochtene These nach höherer Arbeitsleistung durch Beseitigung des Achtstundentages, unter gleichzeitigem Verzicht auf Betriebigung des eigenen Bedarfs, erlebt in der jetzigen Wirtschaftskrise ihr Damaskus.

Aus dieser Schlage ergibt sich die Notwendigkeit der Steigerung des Realeinkommens der großen Verbrauchermassen durch Lohn- und Gehaltserhöhungen und durch Senkung der Preise.

Der Druck der Gewerkschaften in dieser Richtung ist zugleich ein Druck für die notwendige Kapitalbildung von unten auf..."

Leipart hat also aus dem Jahre 1925 noch immer nichts gelernt. Er rechnet angesichts der Diktaturgelüste der Unternehmer mit einem **Damaskus**, mit einer **Umkehr** der Unternehmer auf dem mutalen Weg der schrankenlosen Ausbeutung. **Ein Damaskus Leiparts und der ADGB.-Bureaukratie wäre notwendiger.** Völlig wird ist der Gedanke Leiparts von der „notwendigen Kapitalbildung von unten auf". Die Unternehmer möchten doch so gut — so argumentieren Leipart & Cie. — und den Arbeitern ausreichende Löhne geben. Dadurch wären sie nicht nur in der Lage, ihre heruntergekommene Hauswirtschaft zu ergänzen und durch die Produktion zu heben, sondern darüber hinaus könnten sie — wie in „besseren" Zeiten — auch einen Spargroschen auf der Sparkasse oder der Gewerkschaftsbank deponieren. Auf diesem Wege flösse den Unternehmern **zu niedrem Zinsfuß** — die sparenden Arbeiter seien ja bescheidener als die zinswuchernden Banken — Kredite zu und durch die Einlagen in die Arbeiterbank könne man nicht gut durch Eigenanlagen den Kapitalismus, wenn auch nicht überwinden, so doch „ersetzen". Die Hauptsache sei, die Kapitalisten von der Richtigkeit dieses harmonischen, von Klassenkampf freien Weges zu **überzeugen**.

Die Kapitalisten zeigen wenig Neigung, diesen Weg — den Weg beständiger Bezahlung und Einhaltung des Achtstundentages — zu gehen. Für sie gilt — um so mehr, als die kapitalistische Wirtschaft als ganzes völlig directionslos ist — das Wort: **bereichert euch!** Der Kapitalist ist durchaus nicht gewillt — wenn auch nur für kurze Zeit —, auf einen Teil seines Profites zu verzichten. Ihm ist der sofortige Profit in seiner Tasche lieber, als ein recht unsicherer, auf dem Umweg über die Taschen der Arbeiter verminderter späterer Profit.

Die Kapitalisten zeigen auch sehr wenig Vorliebe für das Mitbestimmungsrecht, viel weniger noch für die Gleichberechtigung der Arbeiter. Das beweist die Mißgeburt des Gesetzentwurfes über den **Reichswirtschaftsrat**, die Ablehnung der **Parität in den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern** und die Gesetzesvorlage über die **Arbeitslosenversicherung und Arbeitsgerichte.**

Nicht Gleichberechtigung und Mitbestimmungsrecht, nicht gerechte Teilung des Profits, nicht Vertrauen auf gerechtdenkende Kreise — die Parole für 1926. Die Parole muß sein: Schärfster Klassenkampf gegen die Unternehmerdiktatur, Kampf um das Sozialistische, Alleinherrschaft der Arbeiterklasse als einziger Ausweg aus Not und Elend und kapitalistischer Wirtschaftsanarchie.

Die freien Gewerkschaften aber sind berufen, in diesem Kampf voranzugehen. Da die Führer der freien Gewerkschaften Werg ablehnen, ist es die **Aufgabe der revolutionären Opposition**, unter Herausbildung einer machtvollen **Linken-Flügelbewegung** das 5-Millionenheer diesen Weg zu führen unter Ueberwindung der reformistischen Führerschaft.

Ein konsequenter Sozialdemokrat

Lohnerhöhungen — wegen der Rationalisierung der Ausbeutung

Antrag der Gewerkschaften hat der Reichsarbeitsminister Oktober einen Schiedsspruch mit sechsprozentiger Erhöhung Bergarbeiterlöhne verbindlich erklärt.

Gegen diese Verbindlichkeitserklärung beschwerte sich der **Zechenverband** in einem Schreiben, das jetzt durch die Presse bekannt wird. In diesem Schreiben stützen sich die Ausbeuter hauptsächlich auf die **Ablehnungsbegründung** einer Lohnerhöhung, die der Schlichter **Mehlich**, Sozialdemokrat und Reichs- und Staatskommissar der Luther-Schiele-Regierung, am 19. August 1925 gegeben hatte. Der Sozialdemokrat Mehlich erklärte sich in diesem Schiedsspruch **gegen Lohnerhöhungen**, damit die „Rationalisierung" im Ruhrbergbau nicht durch Erhöhung der Selbstkosten gestört werde, und weil eine Lohnerhöhung die Gefahr von Stillegungen und Arbeiterentlassungen sowie die **Vermehrung der Feierschichten** hervorrufen werde!

Dieser Sozialdemokrat begründete seine Handlungen also mit den **gleichen Argumenten, welche die schlimmsten Scharfmacher und brutalsten Ausbeuter anwenden**, um die Notwendigkeit einer verschärften Ausbeutung der Arbeiter zu „begründen". Kein Wunder, daß sich die Ausbeuter jetzt auf den Sozialdemokraten Mehlich berufen, wenn sie Lohnerhöhungen durch Produktionssabotage abwehren!

Nach den eigenen Angaben der Unternehmer entspringen **die Massenentlassungen** nicht einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, sondern bezwecken **in erster Linie, die Löhne und die Arbeitsbedingungen mit Erpressermethoden weiter zu verschlechtern.** Eben hat die Zeche „Zentrum", Gelsenkirchen, dafür einen neuen Beweis erbracht. Sie stellte die Belegschaft vor die Wahl, entweder eine halbe Stunde täglich länger zu arbeiten oder restlos entlassen zu werden! Noch toller treibt es die Firma Arenstein & Koppel, Dortmund. Sie gibt ihre Aufträge einem französischen Werk zur Ausführung, das durch die Inflation billiger arbeiten kann, und wirft die Belegschaft auf die Straße. Da greift kein Reichs- und Staatskommissar ein. Hunderttausende von Arbeitern werden brotlos gemacht; noch den völlig unzulänglichen Oktober-Lohnerhöhungen erklären die Ausbeuter höhnisch, daß sie „infolge dieses Schiedsspruches" rund 12 500 Arbeiter auf die Straße geworfen haben! Die Arbeiter sollten also gegen Lohnerhöhungen auftreten!

Die Handlungen Mehlichs und die logischen Folgerungen aus der Stellung der SPD. zur kapitalistischen Wirtschaft und zur kapitalistischen Rationalisierung sind die konsequente Uebertragung der Politik des kleineren Uebels, die geboren ist aus der Furcht vor der Aufrollung der Klassenfront, aus der Furcht vor dem Klassenkampf und den damit verbundenen „Erschütterungen der Wirtschaft". Man bedenke: Es ist kein deutschnationaler oder volksparteilicher Schlichter, der diesen unerhörten Satz im Schiedsspruch prägte. Es ist ein Sozialdemokrat, ein alter Freigewerkschafter, dem da die Handhabung der Schlichtungsordnung in die Hand gelegt war und der sie als konsequenter Reformist handhabte!

Den sozialdemokratischen Arbeitern, den Kollegen in den Betrieben von der Amsterdamer Richtung zeigt der Mehlich-Spruch mit unmißverständlicher Beweiskraft, **wie völlig unmöglich die reformistische Politik für die Arbeiter ist.** Denkt man auch nur einen Schritt in dieser Ideologie weiter, so muß man den Arbeitern schließlich als Mittel gegen Arbeitslosigkeit und Feierschichten empfehlen, selber die Löhne abzubauen und den 2mögliche Stundentag einzuführen! Das Gesamtproletariat kann diese Politik nicht tragen, sie führt in immer tieferes Elend, in immer tiefere Ohnmacht. Es ist unsere Aufgabe, diese Tatsache den SPD.-Arbeitern zu beweisen und mit ihnen zusammen die Gewerkschaften wieder zu Organen des Klassenkampfes zu machen.

Erwerbslosen-Konferenz Mansfelder See- und Gebirgskreis fordert von den Gewerkschaften eine Erwerbslosen-Konferenz für den ganzen Bezirk

Am 6. Januar fand eine Konferenz der **vom ADGB.-Kartell anerkannten** Erwerbslosenausschüsse des Mansfelder See- und Gebirgskreises statt, die von 40 Erwerbslosenzirkeln besucht war. Als erstes wurden die **Anträge an den am 12. Januar in Eisleben zusammentretenden Kreistag**, betreffend sofortige Aufnahme von Notstandsarbeiten und ausreichende Erwerbslosenunterstützung beraten. Ein Antrag fordert von den **Gemeindevorstehern**, daß sie **die Pflichtarbeiten in Notstandsarbeiten umwandeln und tariflich bezahlen.** Die Arbeit soll nicht länger als acht Stunden am Tage ausgedehnt werden. Bei Verrichtung dieser Arbeiten fordern die Erwerbslosen, da es sich um schwierige und auch lebensgefährliche Arbeit handelt, **warme Kleidung und Schuhe.** Die Arbeiten bestehen nämlich zum großen Teil aus Graben- und Teichausschwemmungen.

Weiter wird behördliche Anerkennung des Erwerbslosenausschusses des Mansfelder Gebirgs- und Seekreises gefordert. Der Erwerbslosenausschuß des Unterbezirks Eisleben beschloß ferner, alle mitteldeutschen Erwerbslosenausschüsse aufzufordern, daß sie auf dem schnellsten Wege durch die Gewerkschaften einen mitteldeutschen Erwerbslosenkongreß in Halle einberufen lassen und einen entsprechenden Antrag an das Bezirkskartell des ADGB. zu senden.

Bibelstunde beim ADGB.

Lukas 12, Vers 33.

Verkauft was Ihr habt und gebt Almosen

BAV. Bockwitz für Volksentscheid

Am 1. Januar tagte im „Volkshaus" **Bockwitz** eine Mitgliederversammlung des **BAV.**, die zu der letzten **Lohnverhandlung** und dem Schiedsspruch der Oberschiedsstelle Halle Stellung nahm. Das brutale Vorgehen der Unternehmer bei den Verhandlungen wurde von den Mitgliedern **mit großer Empörung** entgegengenommen. Die Mitglieder sind sich bewußt, daß **das Jahr 1926 ein Kampfjahr** wird, zumal das Arbeitszeitabkommen am 1. April d. J. abläuft. Der Schiedsspruch der Oberschiedsstelle sieht vor, daß die **Arbeitszeit 10 Stunden** beträgt. An eine Bezahlung der 11. und 12. Stunde ist nicht gedacht.

Am Schluß wurde ein Antrag eingebracht, der sich **gegen die Abfindung der Fürsten** richtet und die Herbeiführung des Volksentscheides verlangt. Ein Kollege der SPD. sprach dagegen, doch mußte er sich eines andern belehren lassen, und der Antrag wurde **einstimmig angenommen.** Es wird die höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft den Weg zur Organisation findet!

Die Kelbraer Holzarbeiter wählen eine oppositionelle Ortsverwaltung

Am 5. Januar fand in **Kelbra** die Generalversammlung der Holzarbeiter statt, in der die Ortsverwaltungswahl vorgenommen wurde. Die SPD. hatte nur für den 1. Vorsitzenden einen Vorschlag unterbreitet, auf den ganze acht Stimmen entfielen. Mit 64 Stimmen wurde ein KPD.-Genosse gewählt. Die neue Ortsverwaltung ist aus 4 KPD.-Mitgliedern und 6 Parteilosen zusammengesetzt.

Gegen wenige (SPD.-) Stimmen beschloß die Versammlung, daß die Holzarbeiter sich an der für Sonntag festgesetzten **Kundgebung für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten** beteiligen.

Verschmelzung des Schiffahrtsbundes mit dem Deutschen Verkehrsbund

Auf Grund von Verhandlungen ist die Verschmelzung des Deutschen Schiffahrtsbundes mit dem Deutschen Verkehrsbund unter sofortiger Uebernahme der Mitglieder und unter Anerkennung und Anrechnung aller Rechte erfolgt. Weil ein großer Teil der Mitglieder auf See ist, ist als Schlußtermin für die Rückkehr in den DVB. der 1. April 1926 festgesetzt.

Ueber die Arbeitslosigkeit in Sowjet-Rußland

Erkenntnis eines SPD.-Blattes

Die auf dem rechten Flügel der SPD. stehende „Schwäbische Tagwacht" schreibt über die Ursache der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion:

„Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist die Landflucht der Bauern. Die 22 Millionen Bauernhöfe geben ihren Bevölkerungsüberschuß an die städtische Industrie ab, welche 7 Millionen Arbeiter beschäftigt, aber den Zustrom vom Lande **nicht völlig aufnehmen kann.** Das Los der Industriearbeiter ist **vorläufig noch viel besser** als das der Bauern, welche die Industrieprodukte nur zu enorm hohen Preisen erwerben können. Nach der Schätzung des Nationalökonomen Keynes, der vor kurzem aus Rußland zurückkehrte, beträgt der reale Verdienst des Industriearbeiters das Doppelte des durchschnittlichen Verdienstes eines Landwirts. Deshalb die Landflucht, die aber mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit bezahlt werden muß. Die Sowjet-Regierung ist bestrebt, die Landflucht durch verschiedene wirtschaftliche Maßnahmen einzudämmen. Die Hauptmittel dafür müssen die **Intensivierung der Landwirtschaft** und der **Ausbau der landwirtschaftlichen Industrie** sein."

Selbst das SPD.-Organ muß zugeben, daß die Wurzel der sowjetrussischen Arbeitslosigkeit darin zu suchen ist, daß die Entwicklung der von Zarismus vernachlässigten und rückständigen Landwirtschaft mit der stürmischen Entwicklung der Industrie nicht Schritt halten kann. **Mit der Hebung der Landwirtschaft wird auch die Arbeitslosigkeit in den Städten aufhören,** — eine klare Perspektive, in deren Sinne die Sowjet-Regierung auch arbeitet. Wie anders als bei uns in Deutschland, wo das **herrschende System der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht steuern kann.**

Der ADGB. — Saargebiet für eine Delegation nach Sowjet-Rußland

Das Rußland-Komitee des Saargebietes wandte sich vor kurzem an den Bezirksausschuß des ADGB. und an die Bezirksleitung der SPD. mit der Aufforderung, die Führer dieser Organisationen sollten sich an einer Arbeiterdelegation des Bezirkes nach Sowjet-Rußland beteiligen, um an Ort und Stelle die revolutionären Errungenschaften der russischen Arbeiterklasse zu studieren.

Am 1. Januar erhielt das Komitee von der Leitung des ADGB. (Unterschrift Kimmritz) ein Antwortschreiben, in dem erklärt wird: Eine endgültige Stellungnahme und Beschlußfassung sei für den ADGB. erst dann möglich, wenn das Komitee die Finanzierung einer solchen Studienreise vorher sicherzustellen in der Lage sei. Die übergeordnete Instanz, **der Vorstand des ADGB.** in Berlin, sei in Anbetracht seiner **eigenen geplanten Delegation** damit einverstanden und wolle nur vorher die Dolmetscherfrage gelöst haben. Der ADGB. des Saargebietes sei grundsätzlich aber bereit, Verhältnisse, soweit sie im Interesse der Arbeitnehmerschaft liegen, auch in Rußland zu studieren, eine etwaige Nutzanwendung für diese eingehend zu prüfen und das Ergebnis der Oeffentlichkeit ungeschminkt zur Kenntnis zu geben.

Das Rußland-Komitee teilte daraufhin dem ADGB. mit, daß es ihm **vorschlage, unter Umständen mit den christlichen Gewerkschaften eine gemeinsame Konferenz für das ganze Saargebiet** einzuberufen. Auf dieser solle eine Delegation, bestehend aus zwei Bergarbeitern, zwei Hüttenarbeitern und einem Eisenbahner gewählt werden. Die Bezirksleitungen des ADGB. und der christlichen Gewerkschaften sollen dann je einen Vertreter hinzubestimmen.

Zur Finanzierung schlug das Rußland-Komitee die Herausgabe von **Sammellisten durch die gewerkschaftlichen Organisationen** vor. Nur dadurch kann der Anschein vermieden werden, daß die Delegation vor irgendeiner Seite in ihrem objektiven Urteil beeinflußt wird.

Die Kampagne für die Rußland-Delegation unter der Arbeiterschaft des Saargebietes wird durch **zirka 30 Versammlungen**, in denen der Kollege Overhagen über Rußland berichtet, gesteigert. **Diese Versammlungen sind alle durch einzelne Gewerkschaften oder Kartelle einberufen.**

Wer ist wirklich Parteimitglied?

Vom Org-Sekretär der Kommunistischen Partei Rußlands ist im Hoym-Verlag zum Preise von Mk. 1,— eine kleine, äußerst wertvolle Broschüre über den „Organisatorischen Aufbau der KAP." erschienen. Wir raten dringend jedem Parteimitglied, sich diese Broschüre anzuschaffen, die nicht nur einen guten Abriß über die Geschichte der Bolschewiki gibt, sondern auch tiefe Einblicke in die Geheimnisse bolschewistischer Organisationsarbeit verleiht. Den Büchlein sind als Anhang die Statuten und ein Schema der Organisationsstruktur der KAP. beigegeben.

Kommunistische Metallarbeiter! Sonnabend abends 8 Uhr: Aeußerst wichtige Fraktionssitzung

Vorstand und Mitglieder der Ortsverwaltung 1/7 Uhr Sitzung (in der Produktiv-Genossenschaft).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260108-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Schwarzweißrote Unverschämtheit gegen Erwerbslose

Die „Hallesche Zeitung", das Organ der schwarzweißroten Fettwänste, die nicht zu arbeiten brauchen und doch gut leben, das Blatt, dessen Hintermänner in den Parlamenten die Forderungen der Erwerbslosen auf menschenwürdige Unterstützungen immer abwürgen, läßt gestern eine hundsgemeine Verdächtigung gegen Erwerbslose vom Stapel. Sie sollen sich angeblich geweigert haben, Hilfsarbeiten bei der Bergung des auf der Saale gesunkenen Kahnes zu verrichten und 2,50 Mk. Stundenlohn gefordert haben.

Was ist daran wahr? Tatsache ist, daß die zur Arbeit herangezogenen Erwerbslosen die Arbeit niedergelegt haben, weil der Unternehmer ihnen 1,50 Mk. versprochen hatte und ihnen nachher nur 75 Pf. zahlen wollte, man denke: für Nachtarbeit und im Wasser! Jeder anständige Mensch wird sagen: die Erwerbslosen hatten recht, diese unverschämte Zumutung des Unternehmers zurückzuweisen.

Man muß schon dieselbe Ausbeutergesinnung haben und den furchtbaren Haß auf die Erwerbslosen, die auch als Opfer der kapitalistischen Bankrottwirtschaft noch Menschen bleiben wollen, um die Unverschämtheit zu besitzen, aus der Unverschämtheit dieses Unternehmers einen Angriff auf Erwerbslose zu machen, wie die „Hallesche Zeitung" das tut. Doch man merkt die Absicht: die Erwerbslosen werden verleumdet, damit die Streikbrechergarde von Teno, mit Billigung des sozialdemokratischen Landrats Müller eingesetzt, ihr Lob erhalten kann.

Kommunalpolitik oder private Profitwirtschaft?

Von Olf

„An den Ausführungen des Oberbürgermeisters Rive war äußerst interessant, daß der Hallische Wirtschafts- und Verkehrsverband bisher sehr wenig leisten konnte, weil er keine finanzielle Unterstützung durch die Organisationen von Handel und Industrie erhalten habe. In anderen Städten sehe es im Gegensatz zu Halle anders aus, da wären es diese Organisationen, die unter Leitung der Stadt die tatkräftigste finanzielle Unterstützung bereitstellen."

(Aus dem gestrigen Bericht über die Tagung des hallischen Verkehrsausschusses.)

Am kommenden Montag findet eine Stadtverordnetensitzung statt. Sie wird u. a. die Schaffung und Finanzierung eines Verkehrsamtes zum Thema haben. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion sieht dieser Vorlage ablehnend gegenüber. Darauf erhebt sich ein Geschrei von Ordnungsblock bis SPD., wobei das „Volksblatt" natürlich die heftigsten Donnerkeile moralischer Entrüstung schleudert: „Wie im Verkehrsausschuß, so wandten sich die Kommunisten befehlsgemäß auch im Bauausschuß gegen die Absichten der sich endlich auf ihre Pflichten besinnenden Stadtverwaltung. Den verkehrs- und fortschrittsfeindlichen Sowjetspießern wurde in der Begründung klargemacht, was mit der Uebernahme der Aufgaben, die jetzt von einer privaten Vereinigung nur unvollkommen gelöst werden können, in städtischer Regie erreicht werden soll."

Ach nein, Ihr Herren Sozialdemokraten, das bestehende Wort von der „städtischen Regie" ist in diesem Falle falsch angewandt und absolut nicht am Platze. Blender gibt es ja in der hallischen kommunalen Wirtschafts-Kultur-Politik genug, so daß es wahrhaftig nicht mehr nötig erscheint, diese um ein Eckfenster am Roten Turm zu vermehren. Die Großzügigkeit der hallischen Projekte gleicht der im Reichsmaßstabe: sie ist auf Bierflaschenschädel eingestellt. Und führt uns herrlichen Zeiten entgegen.

Man soll vom Apfelbaum keine Pflaumen verlangen und schon gar keine Pfirsiche. Das aber pflegen die Herren vom hallischen Magistratsblocks bei diesem Vorgang kühl überrechnet wird, wieviel Profit für die jeweiligen Interessenten dabei herausspringt („da machen wir gleich noch eine Filiale für Reisekoffer und Zelt-Stecher auf"), läuft der Sozialdemokraten das Wasser im Munde zusammen. Darauf warten die Projekt-Entroller bloß. Und wer nicht mitmacht, heißt: „fortschrittsfeindlicher Sowjetspießer".

Aber wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Herr Oberbürgermeister Rive hat es ja deutlich ausgesprochen. **Der Hallische Wirtschafts- und Verkehrsverband konnte bis jetzt so wenig leisten, weil er keine finanzielle Unterstützung durch die Organisationen von Handel und Industrie erhalten hat.** Mit frecher Unbekümmertheit sagt das hallische Unternehmertum, daß es keine Unkosten in eine neue Sache hineinstecken will, daß es aber aus den Geldern der Stadt, die von der Allgemeinheit, zum überwiegenden Teile von der arbeitenden Bevölkerung, aufgebracht werden, sich mit Freuden der Verkehrsamt finanzieren läßt, aus dem es den Profit abschöpfen kann. Dieselben Leute, deren Zerberus Könnecke auf dem Geldsack der Gewerbesteuern sitzt, wollen von einer andern Ecke der Kommune her schesseln. Oder will man das Gegenteil nachweisen? Will die Stadt Land und Güter kaufen, wo billige Kartoffeln für die Erwerbslosen gebaut werden? Will sie Häuserbau für die 60 Ermittierten, für die 5000 Wohnungsbedürftigen? **Sie will Fassade, sie will wo hinaus; sie will Stadthalle.** „Was wollen Sie denn, meine Herren Kommunisten," wird man in der nächsten Stadtverordnetensitzung mit wirkungsvoller Vornehmheit ausrufen, „wir werden 75 Arbeiter beschäftigen können, wenn wir diesen Plan in Angriff nehmen. Und es ist viel moralischer, Arbeit statt Unterstützung geben zu können" — „und die Tausende, die keine Prunkfassaden mauern dürfen, hungern zu lassen," wird man ihnen dann von kommunistischer Seite antworten.

Hätten die Herren Bürgermeister doch nicht durchblicken lassen, daß die Stadthalle hinter dem Verkehrsamt steht; vielleicht hätten sie mehr Chancen gehabt. Dann hätte nämlich die „Volksblatt"-Pose mit den „Sowjetspießern" möglicherweise etwas verblüffend gewirkt. So aber, wie gesagt, fällt man auf die hallischen Kommunal-Blender nicht mehr herein.

Was das Wichtigste ist: der hallischen Arbeiterschaft liegt das Hemd näher als der Rock. Zuerst hat das Zweckmäßigste und Notwendigste zu geschehen, und dann mag der Luxus zu seinem Recht kommen. Das Zweckmäßige heißt: Die Sorge um die Masse der Einwohnerschaft. Fassadenpolitik ist keine Kulturpolitik. Und wenn sie es wirklich sein könnte: Wir wollen keine Kultur auf Kosten der primitivsten Bedürfnisse der breiten Masse. Das Glaubensbekenntnis der klassenbewußten Bourgeoisie will solche Kultur haargenau. Es ist die Kultur der ägyptischen Pharaonen, deren Pyramidenbau Menschen-Generationen die Knochen zermalmte. Es ist eine höchst einschmeichelnde Kultur für uns, die wir heute vor den Tutenkhamen-Särgen aus Gold und bunter Emaille stehen, wir denken dabei gar nicht an die Jahrthunderte von Sklaverei, die dies schaffen mußte.

Das Proletariat hat keinerlei Veranlassung, im Zeitalter der Technik in Pyramiden-Ideologie zu vegetieren. Das bleibe den sozialdemokratischen Stadtverordneten vorbehalten.

Sitzung des Haushaltausschusses

Die Beratung mehrerer Punkte, insbesondere der Nachtrags-Etat für 1925, hatte die Ausschußmitglieder im Stadthause zusammengeführt, um unter dem Vorsitz des Herrn Hoë die Arbeit des neuen Jahres zu beginnen. Der Magistrat trug mit Mut und Anstand die bittere Enttäuschung der von Herrn Grützner anstandeten Gehaltserhöhung und der Demokrat Ritter deutete, daß man sich mit dem Schreiben des Regierungspräsidenten noch beschäftigen müsse. Für die Errichtung eines Lehrsamtes plädierte Herr Minner, welcher meinte, daß Wettbewerb der großen mitteldeutschen Städte untereinander 20 000 Mark erfordere. Von unserer Fraktion wurde die Vorlage abgelehnt, da es Sache der interessierten Kreise von Handel und Gewerbe sein muß, die Kosten eines solchen Verkehrsamtes aufzubringen.

Zu Punkt 3: Notstandsbeihilfen an Beamte rühmte Herr Splett die „weitherzige Art", mit welcher der Magistrat die Beihilfen gewährt. Es wurde bemängelt, daß die Gesuche um Beihilfen zu 90 Prozent bei den Arbeitern gar nicht angenommen worden seien, weil keine „ungewöhnliche" Notlage vorgelegen habe. Die Grundsätze des Magistrats liefen auf eine Verhinderung der Gewährung von Unterstützungen hinaus. Zu einer Abstimmung kam es nicht, da der Oberbürgermeister erklärte, es sei keine Vorlage, sondern nur eine Mitteilung des Magistrats.

Zu Punkt 4: **Ausführung von Notstandsarbeiten** hieß es. Minner die Protage des Magistrats gut, meinte aber, daß Arbeitslosen an derartige Arbeiten wegen ihrer Ausbildung sonstigen Beschäftigung kein Interesse hätten. Besser wäre es, die Industrie würde vom Staat unterstützt, damit sie das Ausbilden unterbieten könne. So sei kürzlich ein ägyptischer Staatsauftrag nach England vergeben worden, weil die englischen Webereifabriken billiger waren. Mehreren kleinen Vorlagen bzw. Gesellschaftsübernahme wurde zugestimmt, ebenso dem Abschluß eines Mietvertrages mit dem Staat betr. Vermietung der Artillerie-kaserne an die Schupo. Abgelehnt wurde das Gesuch eines Hausbesitzers um Baukostenzuschuß, um keinen Präzedenzfall zu schaffen für später. Zugestimmt wurde einem Vergleich mit dem Staat wegen zweier Saale-Inseln, die der Stadt gehören sollen.

Dem Nachtragsetat für 1925 von rund 1 Million Mark wurde zugestimmt, jedoch entspann sich eine eingehende Debatte über einzelne Posten, die nach Ansicht der bürgerlichen Redner auch noch eingestellt werden können oder 1925 schon übersehen werden könnten. Von unserer Seite wurde verlangt, die Ausgabeposten für verschiedene Städtetage und den kommunalen Arbeitgeberverband zu streichen. Herr Finger fand aber heraus, daß darüber gar nicht abgestimmt werden könne, weil diese Mehrkosten auf gesetzlicher Verpflichtung beruhten! Herr Hoë, demokratisch wie er gelegentlich ist, ließ flugs darüber abstimmen, ob über diese Titel abgestimmt werden könne. (!) Die Abstimmung ergab, daß es nicht zulässig sei, über diese Titel abzustimmen. Als Rechtskenner müßte Herr Finger aber wissen, daß diese „Rechts"frage vor den Rechtsausschuß gehört.

Im allgemeinen fiel die Redseligkeit des Magistrats, besonders des Herrn Rive auf, welcher entgegen seiner sonstigen Art bei diesen lose Dinge „belletristisch" erläuterte und dabei wonnetrunkene Geister bei den Bürgerlichen hervorrief. In Wirklichkeit war es aber ein bekannter Trick der Bureaukratie, über die eigentlichen Schwächen des Nachtragsetats hinwegzutäuschen, was ja bei der geistigen Trägheit derer um Hoë und Minner leicht erreicht werden kann.

* **Der Vorbereitungsunterricht** für die 1926 aus der Schule kommenden Kinder findet am Sonntagvormittag 10 Uhr in bekannten Lokalen statt. J. A.: E. Pfuhl

Heute, abends 8 Uhr, im „Volkspark": General-Versammlung des RFB

Vergessen Sie nicht

daß alle Waren unseres Hauses für unseren

Inventur-Ausverkauf

im Preise stark herabgesetzt sind und daß eine solche Gelegenheit in den nächsten Monaten nicht wiederkehrt.

Herren-Ulster u. Raglan
solide Stoffqualitäten, gute Verarbeitung und Paßform
Serie I 26.–

Herren-Ulster u. Raglan
moderne Farben, versch. Stoffarten mit angewebtem Futter, Schlüpfer und Schwedenform
Serie II 29.–

Herren-Ulster u. Raglan
Strapazierfähige Stoffe, mod. Dessins, gute Ausführung und eleganter Sitz
Serie III 33.–

Herren-Anzüge
moderne Homespun- und Donegalstoffe 24.–
Serie I 24.–

Herren-Anzüge
gute Forster Qualitäten, moderne Muster 28.–
Serie II 28.–

Herren-Anzüge
gemusterte Cheviotstoffe, mod. Streifen, guter Sitz . 33.–
Serie III 33.–

Herren-Sport-Anzüge
moderne Homespunstoffe, 2teilig mit Breechshose . 26.–
Serie I 26.–

Herren-Sport-Anzüge
mod. Muster, Loden u. gezwirnte Cordstoffe, Breechshose mit doppeltem Gesäß
Serie II 31.–

Herren-Sport-Anzüge
lebhafte Muster, mod. Ausführung, solide Qualität . 38.–
Serie III 38.–

Herren-Gummi-Mäntel
in Köper, Batist und gemustert, Covercoatstoffüberzügen mit ganzem Gürtel od. versenkb. Rückengurt
. . . . . 23,50 19,75 19.50

Herren-Loden-Mäntel
mod. Schlüpferform, gut. Strichloden 22,– 19,– 16.–

Herren-Wäsche

Oberhemden bunt, aus gutem Perkal m. 1 Kragen, Brust gefüttert 5,75	4,75
Oberhemd weiß, aus gut. Wäschestoff, Rips, Brust gefüttert, m. steifen Manschetten . .	5,25
Normalhemden Doppelbrust, wollgemischt	2,45
Normalhosen warme Qualität, wollgemischt	1,90
Futterhose kamelhaarfarbig	2,90
Einsatzhemd normal wollgemischt	2,90

Herren-Artikel

Strickbinder schwere Qualität 95	45 ₰
Binder modern kariert 95	65 ₰
Binder darunter „Reine Seide"	2,90
Hosenträger mit Gummi und Strippen 95	65 ₰
Handschuhe imitiert Wildleder, gefüttert	95 ₰
K'seidene Schals moderne Muster	1,65
Herren-Hüte moderne Formen 8,90	2,90
Sport-Mützen in blau, Sport und farbig	95 ₰

Herren-Hosen und -Joppen

Herren-Hosen gestreift, kräftige Ware 6,25 5,50	4,25
Herren-Sporthosen in Homespun, mit doppelt. Gesäß, in vielen Dessins 8,50 6,50	5,90
Herren-Hosen gestreift, Pilot 6,25	4,90
Manchester-Hosen braun, grau und oliv . . . 13,50	9,80
Winter-Loden-Joppen warm gefüttert 23,75	14,50
Windjacken Zeltbahn u. Gummi 16,50 14,50 12,50	9,00
Strickwesten Wolle, in vielen Farben . . . 9,50	6,90

Ein großer Posten Anzüge für das Alter von 13–17 Jahren . . . . . nur 15.–

S. Weise
HALLE AM MARKT

Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker zur Fürstenenteignung

Schon aus ihren Leitsätzen: „Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker ist eine auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehende antireligiöse Kulturbewegung", ergibt sich ihre Stellung zu Patriotismus und Monarchismus. Sie verwirft deshalb jede idelle und finanzielle Unterstützung oder Abfindung von ehemaligen Fürstenhäusern, wie sie sich auch wenden muß gegen die Unterdrückung der breiten Volksmassen durch Monarchismus, Kapitalismus, Kirche u. dgl.

Seine am Sonntag, dem 10. Januar in Halle stattfindende

Gebietskonferenz für Mitteldeutschland

wird sich im besonderen mit der sogenannten Fürstenabfindung befassen und ihre grundsätzliche Auffassung bekräftigen. Gemeinsam mit anderen freigeistigen Korporationen wird die GFF. den Kampf führen zur Unterstützung der Forderungen:

Restlose Enteignung aller deutschen fürstlichen Häuser und Länder.

Durchführung eines Volksentscheides.

Beschlagnahme aller Aufwendungen für kirchliche und reaktionäre Zwecke.

Ein billiges Druckmittel für Abzahlungsgeschäfte

Die chaotischen Zustände innerhalb der deutschen Wirtschaft haben mit sich gebracht, daß überall Abzahlungsgeschäfte wie Pilze aus der Erde wachsen. Selbst diejenigen Geschäfte, die in der Vorzeit ihre Waren nur gegen Barzahlung verabfolgten, sind gegangen, dem kaufenden Publikum Zahlungserleichterungen zu gewähren, weil die breite Masse nicht mehr in der Lage ist, ihren Bedarf an Wäsche, Kleidern und Hausrat durch Barzahlung zu decken. Es kommt nun sehr häufig vor, daß durch unvorhergesehene Umstände die Zahlung der wöchentlichen, beziehungsweise monatlichen Raten nicht den Bedingungen entsprechend eingehalten werden kann. In solchen Fällen steht der dadurch benachteiligte Firma nur der Weg offen, durch eine Privatklage zu ihrem Rechte zu kommen.

Die Firma Heyne & Eder, Halle, hat scheinbar einen neuen Weg gefunden. Sie erstattete gegen eine hiesige Einwohnerin Anzeige wegen Betrugs weil diese durch plötzliche Erkrankung und sonstige Verhältnisse nicht mehr in der Lage ist, ihren Ratenzahlungen pünktlich einzukommen. Sie hatte Waren im Werte von 100 Mark entnommen und hiervon bereits 51 Mark abgezahlt. Den Rest konnte sie nicht zahlen, da sie inzwischen erkrankte und von ihrem Mann verlassen wurde.

Es ist ganz unwesentlich, daß das Gericht die Angeklagte freisprach. Wesentlich ist, daß die Amtsanwaltschaft überhaupt den Strafantrag annahm und einen Termin anberaumen ließ, dessen Grund, was voraussuschen war, der Staatskasse auferlegt werden mußten. Innerhalb dieser Paragraphen fehlt bestimmt einer, der in solchen Fällen anzeigende Seite zur Tragung der Kosten verpflichten kann. Wir sind überzeugt, daß die obengenannte Firma die Anklagebehörde in diesem Falle nur als Druckmittel benutzt hat, mit der sie die Angeklagte zur Zahlung auf alle Fälle zwingen wollte. Es handelte sich dann also um ein Mahnverfahren, dessen Kosten die breite steuerzahlende Masse zu tragen hat. Wir haben sogar, daß die Firma Heyne & Eder noch ähnliche Fälle zur Anzeige gebracht hat. Die eventuellen Angeklagten mögen dem zuständigen Gericht einen Antrag auf Niederschlagung des Verfahrens einreichen, der gemäß den bestehenden Gesetzen unbedingt von Erfolg begleitet sein muß. Zur Bearbeitung solcher Sachen aber sollte die Gerichtsbehörde doch erfahrene Juristen und keine Referendare hinzuziehen. Die gestrige Verhandlung hat bewiesen, daß der amtierende Referendar seiner Aufgabe keineswegs gewachsen war. Abgesehen davon, daß sein Plaidoyer mehr einer privatimen Unterhaltung oder Rechtsbelehrung mit der Angeklagten glich, hielt er auch obendrein die Angeklagte des Betruges für überführt und beantragte eine entsprechende Bestrafung. „Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich."

Hallische Tageschronik

Rechtsauskunft

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß unsere Rechtsauskunftsstelle an den Wochentagen, auch Sonnabends, für persönliche Auskünfte nur nachmittags von 3 bis 7 Uhr geöffnet ist. Um die vielen Arbeiten zu bewältigen, müssen die Vormittagsstunden für Schreibarbeiten freibleiben. Sonntags ist die Auskunftsstelle geschlossen. Termine halber fällt morgen, Sonnabend, die Nachmittagssprechstunde aus.

Druckfehlerberichtigung

In unserem gestrigen Artikel „Prozentualer oder fester Lohnsteuerabzug" ist in der zweiten Tabelle ein Fehler enthalten. In der Zeile „Verheiratetter mit 3 Kindern monatlich 300 Mk., wöchentlich 56 Mk." als Grenzfall muß es statt dessen heißen: „monatlich 300 Mk., wöchentlich 72 Mk." Wir bitten unsere Leser, sich die Zahl 72 in die Tauelle hineinzuschreiben und die Zahl 56 an der Stelle durchzustreichen.

* **Ein Lichtbildervortrag,** veranstaltet vom Bildungsausschuß der freien Gewerkschaften, findet am kommenden Sonntag, dem 10. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula des Reform-Realgymnasiums in der Franckestraße, statt. Herr Richard Laube, Leipzig, wird über die Geschichte der Urwelt sprechen und sie an 100 Lichtbildern erläutern. Eintrittskarten zu 50 Pfennig sind ab heute in der Volksbuchhandlung, Hansstraße zu haben.

* **Arbeiter-Samariter.** Allen Kursusteilnehmern zur Nachricht, daß unser Kursus Freitag, den 8. Januar, abends 8 Uhr, in der alten Volksschule wieder beginnt. — Sonnabend, den 9. Januar, Generalversammlung, abends 8 Uhr in der „Goldenen Kette". Alle Mitglieder müssen erscheinen. **Der Vorstand.**

* **Bundesfeingartenland Goldberg.** Umstände halber findet unsere Versammlung nicht wie angegeben Freitag, den 8. Januar, sondern Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, statt.

Der Kleingartenrat.

Ammendorf und Dölau

Achtung, Bauarbeiter! Sonntag, den 10. Januar 1926, findet in Ammendorf im Gasthof „Elstertal" vormittags 10 Uhr und in Dölau im Gasthof „Zur Heide" nachmittags 3 Uhr eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Verbandstagsbericht und die praktische Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse.

Verband der ausgeschl. Bauarbeiter.

Ammendorf

Die Erwerbslosen von Ammendorf verlangen Brot und Arbeit. Das war der Ruf, der in der Erwerbslosenversammlung, welche am 4. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Elstertal" stattgefunden hat, erschallte. Mit kernigen Worten wurde vielseitig der Erlaß vom Regierungspräsidenten Grüner behandelt. Einstimmig war die Ansicht, daß ein derartiger Schanderlaß einem Sozialdemokraten Grüner ebenbürtig ist. Die Erwerbslosen von Ammendorf sind nun aber darüber im klaren, daß gegen die geplante Unternehmeroffensive die geschlossene rote Front der Arbeiter aufgestellt werden muß. Da kann auch kein Grüner mit seiner Polizei die Erwerbslosen irre machen. **Mit Entrüstung haben sozialdemokratische Erwerbslose Kenntnis genommen von dem, was ihr Genosse Grüner ihnen zumutet.** Die Ammendorfer Erwerbslosen rufen auf zur Abwehr und fordern: bildet überall Erwerbslosenräte, jetzt Euch überall ein für die Forderungen, die die KPD. der Regierung gestellt hat. Die, die wir organisiert sind, erwarten von dem ADGB., daß er zusammen mit der KPD. und SPD. Schritte unternimmt, die dem Elend ein Ende machen. Zum Schluß wurde folgende Resolution eingebracht, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde:

Resolution

Die Erwerbslosen von Ammendorf nehmen in ihrer am 4. Januar 1926 stattgefundenen Versammlung Kenntnis von dem Erlaß des Regierungspräsidenten Grüner von Merseburg vom 19. Dezember 1925. Tgb. I 1603/25. Wir fordern die SPD. sowie den ADGB. auf, unverzüglich mit der KPD. Schritte zu unternehmen, die den Regierungspräsidenten Grüner auf, die Landräte anweisen zu wollen, daß eine unerhörte Verhöhnung und Herausforderung der werktätigen Masse darstellt, zurückzunehmen. Gleichzeitig fordern wir den Regierungspräsident Grüner auf, die Landräte anweisen zu wollen, daß neben der unzulänglichen Unterstützung Lebensmittel und Kohle auf Kosten der Gemeinden den Erwerbslosen ausgehändigt wird. Wir geloben, alles einzusetzen, bis unser Leben ein menschenwürdiges ist.

Der Erwerbslosenrat.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute, Freitag, 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Gruppenabend. Thema: Warum sind wir Kommunisten?

Sonnabend, 1½ Uhr, Jugendherberge Weinpärlier Musikübungsstunde.

Sonntag, vormittags 9/10 Uhr, Treffen auf dem Hallmarkt zur Besichtigung des Provinzial-Museums; abends 5/7 Uhr Unterhaltungsabend in der Jugendherberge Weinpärlier.

Arbeiter-Sport

FC. Minerva. Allen Spielführern zur Nachricht, daß am Sonnabend sämtliche Listen mitzubringen sind. Beginn der Generalversammlung pünktlich 8 Uhr. Nichterscheinen wird bestraft. Hilscherich, 1. Vorsitzender.

Turn- und Sportverein Fichte, Ammendorf. Sonnabend, den 9. Januar, abends 8 Uhr, im „Kurzschlüssen" Generalversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig, da jetzt wichtige Tagesordnung vorliegt. Der Vorstand.

FSV. Trotha. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung. Bestimmt zu erscheinen haben die Sportgenossen W. Wiedauer, Pilching, Sommer und R. Triepel. Sonntag, den 10. Januar, spielt Trotha 1. — Teicha 1. um 2 Uhr; Trotha 2. — Teicha 2. um 1½ Uhr; Trotha Jugend — Teicha Jugend um 11 Uhr. Sämtliche Spiele finden in Teicha statt. Alles Nähere in der Versammlung.

Sportklub Adler von 1895. Am Sonnabend, dem 9. Januar, nach der Uebungsstunde, findet die Vorstandssitzung im TC.-Restaurant statt. Alle Vorstandsmitglieder müssen unbedingt erscheinen, da die Generalversammlung Ausschnitt. Sonntag nachmittag 3 Uhr im TC.-Restaurant Jahresgeneralversammlung. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen. Wer unentschuldigt fehlt, wird als Mitglied gestrichen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Willy Warnack Halle, Verbandsstr. 14.

Turnschuhe mit angegossener Gummisohle **Gummi-Bieder,** Große Steinstraße

Großer Saison-

Räumungs-Ausverkauf

Große Posten
Schürzen
Besonders empfehlen:
Be Tändelschürzen Stickerei . . . . . Stück 0,35
Be Tändelschürzen Träger . . . . . Stück 0,58
per-Schürzen mitem Creton . . . . . Stück 0,55
per-Schürzen Hanbaum . . . . . Stück 0,68
per-Schürzen weiß gebuntem Creton . . . . Stück 0,75

Große Posten
Barchente
Besonders empfehlen:
den-Barchente tig gerauht . . . . . Meter 0,48
den-Barchente Blumenweiß geistreift . . . . . Meter 0,68
tjacken-Barchente Meter 0,78
n-Barchente Meter 0,58
rock-Barchente Meter 0,85

Große Posten
Kinder-Mützen
Besonders empfehlen:
ch-Mützen . . . . . Stück 0,38
Mützen . . . . . Stück 0,45
ch-Südwester m und Mädchen . . . . . Stück 0,55
Hüte für Mädchen . . . . . Stück 0,98
Pompon-Mützen . . . . . Stück 1,10

Gewaltige Posten
Damen-Wäsche
Weltbewährteste Qualitäten selbst in den billigsten Preislagen
Besonders empfehlen:

Damenhemden mit Hohlsaum und Träger . . . . . Stück	0,75	Damen-Beinkleider mit Stickerei, geschlossen . . . . . Stück	1,55
Damenhemden gestickt mit Hohlsaum . . . . . Stück	1,45	Damen-Nachthemden gestickt . . . . . Stück	2,55
Damenhemden Achselschluß mit Stickerei . . . . . Stück	1,58	Damen-Nachthemden mit reicher Stickerei . . . . . Stück	2,75
Damen-Hemdhosen gestickt und mit Hohlsaum . . . . . Stück	2,65	Damen-Prinzeßröcke gestickt . . . . . Stück	2,50
Damen-Hemdhosen mit Stickerei . . . . . Stück	3,50	Damen-Prinzeßröcke mit Stickerei . . . . . Stück	2,75
Damen-Beinkleider gestickt, geschlossen . . . . . Stück	1,35	Damen-Stickereiröcke Stück	1,75

Große Posten
Damen-Bekleidung
Besonders empfehlen:

Winter-Jacken aus warmen dicken Winterstoffen . . . Stück	3,50	Jumpers aus hellgetreiften Winterstoffen . . . . . Stück	1,55
Winter-Mäntel aus farbigen Winterstoffen . . . . . Stück	4,75	Jumpers aus karierten Kleiderstoffen . . . . . Stück	1,75
Winter-Mäntel aus gemustertem Plauschstoff . . . . . Stück	7,50	Damen-Röcke aus melierten, praktischen Stoffen . . . . Stück	1,75
Winter-Mäntel entzückende Karodessins . . . . . Stück	8,75	Falten-Röcke aus reinwollenem Cheviot, für Backfische . . . . . Stück	3,75
Winter-Mäntel aus schweizerm Mouline moderne Farben . . . . . Stück	10,50	Frauen-Röcke aus reinwollenem Cheviot, mit Knopfgarnitur . . . . . Stück	2,75
Winter-Mäntel aus Velour de laine, beste Verarbeitung . . . . . Stück	22,50	Damen-Kostüme aus melierten Stoffen, mit Seide gefüttert . . . . . Stück	17,50
Jumpers aus gestreiftem Sportflanell . . . . . Stück	0,85	Damen-Kostüme aus reinwollenem Cheviot, Jackett auf Futter . . . . . Stück	19,50

Große Posten
Kleiderstoffe
Besonders empfehlen:
Hauskleiderstoffe 90 cm breit, einfarbig und Streifen . . . Meter 0,65
Hauskleiderstoffe doppelbreit . . . . . Meter 0,85
Cheviot-Karos doppelbreit . . . . . Meter 0,98
Nadelstreifen doppelbreit, für Haus- und Straßenkleider . . . . Meter 1,05
Popelines reine Wolle, doppelbreit . . . . . Meter 1,98

Große Posten
Kleiderstoffe
Besonders empfehlen:
Blusenstreifen Meter 0,68
Blusenstreifen mit Kunstseide . . . . . Meter 0,95
Kinder-Karos doppelbreit . . . . . Meter 0,88
Kleider-Crêpes Halbwolle, doppelbreit . . . . . Meter 0,98
Plaid-Karos Halbwolle, 100 cm breit . . . . . Meter 2,50

Große Posten
Herren-Artikel
Besonders empfehlen
Bunte Oberhemden mit 2 Kragen . . . . . Stück 3,95
Weiße Serviteurs Stück 0,38
Steh-Umlegekragen farbig . . . . . 6 Stück 1,00
Gummi-Hosenträger Paar 0,45
Herren-Mützen Stück 0,95

J. Lewin Halle a. d. S.

80 Marktplatz 2 u. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260108-16/fragment/page=0007

WALHALLA

Anfang 7¾ Uhr

Endlosen Beifallsjubel

erzielt allabendlich die entzückende

Anneliese von Dessau

Operette in 3 Akt. von R. Winterberg
Gewöhnl. Preise 0,60 bis 5,00 Mk.
Tageskassen 11 Uhr Tel. 6385

Stadt-Theater

Dienstag, d. 12. Januar, 7½ Uhr,
bei aufgehobenem Abonnement:

Einmaliges Gastspiel des Russischen Ballets vom Russ. Romant. Theater

Opernpreise

Große Auswahl in

ff. Kuchen u. Konditoreiwaren

Pfannkuchen mit ff. Füllung
täglich frisch 6

Sonnabend:
Zweimal frisches **Weißgebäck**
Früh 9 Uhr: **Speckkuchen**

Max Schröder

Schweitzerstr., Ecke Lerchenfeldstr.

Zum Bockbierfest

Bockwürste

nur von

Heinrich Müller, Wurstfabrik

Gr. Brauhausstr. 29 Fernruf 3133
Gastwirte u. Händler Vorzugspr.

Fahrtrichtanzeiger „Rubi"

aus Zucker

mit Gutschein Stück 10 Pf.

Der Finder eines Gutscheins erhält

1 Rollier gratis

wie im Laden ausgestellt

„Goldene Sieben"

Delitzscher Str. 2b Steinweg 39 Talamtstr. 7

Achtung! Steinarbeiter!

Komb. Versammlung

am 9. Januar 1926, abends 7 Uhr
im „Volkspark".

Sektions-Versammlung der Steinsetzer
nach Schluß der kombin. Versammlung
86 **Ortsverwaltung**

Achtung! Mieter von Halle!

Wir machen die verehrten Mieter der Stadt Halle, besonders unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß das **Filmspiel heute Freitag, d. 8. Januar 1926,**

im Thalia-Saal nicht von uns

veranstaltet wird. 87

Reichsbund deutscher Mieter
Ortsverein Halle a. d. S.
Scharrenstr. 5/6 — Telephon 4438
Sprechzeit nachmittags 4—7 Uhr

Ia. Fohlenfleisch

sowie prima fettes Rohfleisch, die besten Bratenstücke und Wurstwaren in bekannter Güte
empfiehlt zu billigsten Preis

Max Zaubitzer

Steinweg 52 Telephon 3615

Zopf-Dinkert Halle Leipzigerstr. 33

— Zöpfe —

Sämtl. Grisagarne i. moderne Farben
Alle Farben vorrätig 5
Versand n. Einlend. einer Haarprobe

Dam.-Kopfwäsche u. Frisieren

Konsumverein f. Delitzsch u. Umg.
e. G. m. b. H.

Bekanntmachung

Ein heißer Wunsch unsr. Mitglieder erfüllt
Spatmarkenbuch im Werte v. 20 ₰, 50 ₰ u. 1 ℳ
Erhältlich in allen Verkaufsstellen an den Kassen

An den Genossenschaftern liegt es nun, einen Notgroschen zu sammeln
Nähere Auskunft wird in den einzelnen Verkaufsstellen erteilt
52 **Die Verwaltung**

Warum

kaufen Sie nicht bei uns

Auf Teilzahlung?

Korb-Möbel — Bilder
Grammophone, Grammophon-Platten
Teppiche, Diwandecken
Steppdecken, Bettwäsche
Große Auswahl! Billige Preise!
Wochenrate:
nur 3 Mark!

Eichmann & Co.

Gr. Ulrichstr. 51
Eing. Schulstr.

Parteischriften

Schreibwaren

empfehlen die

Volksbuchhandlungen

Lerchenfeldstraße 14 Harz 42/44

Trauerbriefe und -Karten

liefert sofort die Druckerei der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
GmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Weißenfels.

Prima fettes Fleisch
sowie
Rauchfleisch
Zervelatwurst
Blockwurst
und andere
Wurstsorten
in bekannt. Güte
empfehlen 2

Gebr. Keßler,
Inh.: Karl Keßler
Marienstr. 21

---

1 **Prima**
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels,
Fischgasse 1

Achtung!

Seefische

billiger
5 Pfund nur 1 Mk.
Heute und morgen eintreffend:

Hugo Schädel
Zeitz

Nur eine Anzeige

im gesesensten Organ der werktätigen Bevölkerung

und Sie sind unser ständiger Inserent

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 11. Januar 1925, nachmittags 4 Uhr

Oeffentliche Sitzung:

Der Tagesordnung geht voran die Einführung unbesoldeter Stadträte.
1/5. Wahlen. 6. Nachtragsetat für 1925. 7. Errichtung eines jüdischen Berkehrsamtes. 8. Notstandsbeihilfen an Beamte pp. 9. Ausführung von Notstandsarbeiten. 10/12. Uebernahme von Bürgschaften. 13. Erwerb von Straßenland. 14. Landverkauf. 15. Verlängerung von Pachtverträgen. 16. Abschluß eines Mietvertrages. 17. Eigentums-Regelung an der Elisabethbrücke. 18/21. Gesuche und Anträge

Hierauf nichtöffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher
Busse.

Unser Inventur-Ausverkauf

beginnt heute

Auf sämtliche Waren 10 bis 40% Rabatt, welcher vom Verkaufspreise abgezogen wird 34

Eine niewiederkehrende Kaufgelegenheit für ganz kurze Zeit

ADOLF **KRAUSE** **Weißenfels**

Das große u. leistungsfähige Unternehmen für Herren- und Knaben-Bekleidung

---

Jarosch

.·. Billig wie noch nie .·.

ist mein diesjähriger 37

Inventur-Ausverkauf

Ich habe rücksichtslose

Preisermäßigung

vorgenommen, teilweise bis zu **50 Prozent**

Eine gleich günstige Gelegenheit bietet sich so rasch nicht wieder. Sichern Sie sich diese fabelhaft billigen Preise durch Anzahlung

Jarosch, Bitterfeld, Markt 7

Das Haus der guten Qualitäten

Konfektion auf Teilzahlung

bei sofortiger Aushändigung — In großer Auswahl. — Zu billigen Preisen

Wintermäntel / Rochpaletots / Anzüge
Hosen / Gummimäntel / Bett- und Damenwäsche

Miésto & Guitzsch, Merseburg, Neumarktstor 2

2031

Weißenfels

„Zum Saaltor"

Bringen unsere Winkelkneipe nach wie vor der Arbeiterschaft in empfehlende Erinnerung

Jeden Freitag und Sonnabend

die bekannten Salzknochen

Gutgepflegt. ff. Gürtsches Bockbier

35 **W. Amme und Frau**

Spendet für die Rote Hilfe

Konsumverein für Ammendorf u. Umgegend
(E. G. m. b. H.)

Mitgliederbewegung

Bestand am 1. Juli 1924		2028
Eingetreten im Laufe des Jahres		19
		2047
Ausgeschieden durch Ausschluß	344	
„ „ Kündigung	28	
„ „ Tod	18	390
Bestand zum 30. Juni 1925		1657

Haftsumme

Dieselbe betrug am 1. Juli 1924	60 840,00 Mk.
Vermehrung im Laufe des Jahres	570,00 Mk.
	61 410,00 Mk.
Verringerte sich am Schlusse des Jahres um	11 700,00 Mk.
Die Haftsumme d. Mitgl. betr. a. 30. Juni 1925	49 710,00 Mk.

Mitgliederguthaben

Das Mitgliederguthaben betrug am 1. Juli 1924	1340,29 Mk.
Vermehrung im Laufe des Jahres	2989,87 Mk.
Bestand der Mitgliederguthaben a. 30. Juni 1925	4330,07 Mk.

Der Vorstand *79
A. Poesche K. Rothe K. Sauer

Nach wochenlanger Ankündigung endlich erschienen:

Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Sowjet-Rußland?

Preis 50 Pfennige

Zu haben:
Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle, Lerchenfeldstraße 14, **Volksbuchhandlung,** Harz 42/44
Weißenfels, Marienstr., **Merseburg,** Markt 7
Zeitz, Liebknechtstr. 4, **Mücheln,** Gewerkschaftshaus Gehütte, **Eisleben,** Rathausstraße 7
Wittenberg, Jüdenstraße 11

Jede Drucksache

die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es

ist

das Prinzip der Firma, schnellstens geschmackvoll und preiswert zu liefern. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß

immer noch

der Geschäftswelt wie den Vereinen die Veranstaltungen ankündigen, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer

das beste Werbungsmittel

Inventur-Ausverkauf

mit rücksichtsloser Preisherabsetzung aller Waren

Richard Gumpel

Weißenfels

36

Arbeite
Radfahrer-
„Solidar
Ortsgr. Witte

Sonnabend, den 9. Ja
im Bulhaus Freuden

Vereins-Masken

Anfang 7 Uhr
2 Kapellen 2 Ka
Alle Mitglieder sind
freundlichst eingeladen
33 Das Ko

Lichtspieltheater Witte

beehrt sich für Freitag bis
ein ganz jahbedeutes Programm
zubieten:

Das Parfüm der Mis Wo
Ein seltsames Erlebnis in
Meisterdetektivs Stuart Webb
Ernst Reicher, Maria
Mylong, Münz usw.

Die Alpen in Bild und
dazu persönliches Auftreten des
oftmals für Kunstgesang ausge
Kunstjodlerpaares „Jahn

Der verflimte Musi
Orig. Musikinstrumente vorge
den Jahodas

Sonntag ½3 Uhr gr. Jugendv
Mäßig erhöhte Preise: 2. Ka
1 Platz 1,10, Balkon 1,50, Lo
(Kinder: 40, 60, 80 ₰, Sonntag

Wiener-Lichtspiele Pl

Das Theater nur erstklassiger
Freitag bis Montag

Ein Tanz ins Glück Ein Tanz
Ein Tanz um die Liebe Ein Tanz

Der große Metro-Fil

„Die Pfauenkön

die Königin der Schönh
Mae Murray

8 prickelnde Akt
aus dem Pariser u. Neuyorker Le
Täglich 2 Vorführungen 6 u

Die Volksbuchhandlung (

Jüdenstraße 19
empfiehlt politische und
geistige

Literatur

Sämtliche
Schul- und Schreib
Außerdem
werden sämtliche Aufträ
Drucksachen und Ju
entgegengenomm

Bung! Theißen

Gasthof „Blauer
Sonntag, den 10. Ja
erster großer
Volks-Maske
des Arbeiter-Radfahrer-Bund
der Zeit entsprechenden un
originellsten Masken werden
schaftsgegenständen prämiiert
Preise liegen im Konsum-Ge
Kassenöffnung 5, Einla
Demaskierung 8 U
Für flotte Musik ist
Masken liegen im Lok
Es laden freundlichst ein
der Wirt, die Ortsg

Wir empfehlen:

Ia. argent. gestr. Dä

Kochfleisch . . . Pfd.
Brustfleisch . . . Pfd.
ohne Beilage . Pfd.
Rouladen ℳ 1,10, **Gehac**
Junges fettes Rindfleisch
Frisches Schweinefleisch in
Schmer und fettes Fleisch
Wurstwaren billigst

Karl Wahl & S
Zeitz, Wasservorstad

Blattfische

pa. Bücklinge u. alle Fische
empfiehlt
Max Günther,
Stand Berthold,

Desgleichen verkaufe ich
Apfelsinen. Stand Goethe

Zeitungsträge

gesucht für **Biehla.**
bei **M. Lehmann,** Bre

Werbt f. d. Klasse

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf den größten Erf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260108-16/fragment/page=0008

Nr. 6 — 6. Jahrgang 2. Beilage

Klassenkampf

8. Januar 1926

Das Verhalten Maslows vor Gericht

Zwei Dokumente

Vom Polbureau des ZK.

Wir veröffentlichen heute zwei Dokumente, die für die zukünftige Entwicklung der Partei und besonders für die Herausbildung einer bolschewistischen Führung der Partei von großer Bedeutung sind.

Eine selbstverständliche Pflicht jedes Revolutionärs und insbesondere jedes Führers ist es, gegenüber dem Klassengegner eine Haltung einzunehmen, die der Partei nützt und ihren Zielen dient. Die Partei verlangt nicht, daß ein vor dem bürgerlichen Gericht stehendes Mitglied sich selbst belastet. Kein Mitglied hat aber das Recht, andere Genossen oder Parteiinstitutionen auch nur indirekt zu belasten oder zu diskreditieren. Jedes Mitglied hat die Pflicht, die internen Parteiangelegenheiten vor dem bürgerlichen Klassenrichter nicht zu offenbaren. Doppelt schlimm ist ein solches Unterlassen, wenn es nicht aus Ungeschicklichkeit, sondern, wie im Falle Maslow, zu dem Zweck geschieht, sich gegenüber den Richtern in eine günstigere Situation zu versetzen.

Die Partei verlangt von ihren Führern, daß sie auch vor dem Klassenrichter als Führer der Arbeiterklasse erscheinen. Gewar es die Helfershern der Bourgeoisie, einen Revolutionär vor den Gerichtshof zu zerren, so wird der Gerichtshof eine Tribüne, von der der Revolutionär zu den Massen spricht. Besonders mit dies für politisch wichtige Prozesse.

In dem widerwärtigen Spitzelsumpf des „Tschekа-Prozesses" war es die heldenmütige Rolle des Arbeiters Margies, die für Millionen Arbeiter die durch nichts zu brechende Kraft ihrer Klasse verkörperte.

Die opportunistische Haltung Brandlers vor Gericht nach der Märzaktion wurde von der gesamten Partei verurteilt und aufgewogen durch die revolutionäre Haltung tausender Arbeiter. In der Zeit nach 1923 haben unzählige Arbeiter den Standpunkt der Partei unerschrocken und mutig vor den brutalen Richtern vertreten. Sie entschuldigen sich nicht, sie belasten nicht Parteiinstitutionen und Genossen, sie diplomatisieren nicht, sie gingen in die Festungen, Gefängnisse und Zuchthäuser mit dem klaren Bewußtsein, ihre Pflicht gegenüber ihrer Klasse und ihrer Partei getan zu haben.

Die Arbeiter haben eine hochentwickelte Klassenmoral. Ein revolutionärer Arbeiter verzeiht Feigheit vor dem Feinde, noch weniger verzeiht er Verrat. Diese Moral ist ein absolut notwendiges Schutzmittel einer unterdrückten Klasse, die ihre Reihen dagegen wahr vor den Einflüssen des Feindes. Eine Partei, die, wie die unsere, die Partei der siegreichen herrschenden Klasse von morgen ist, muß diese Moral pflegen, muß bestimmte Gesetze haben, die jedem Mitglied Selbstverständlichkeit sind.

Was bei dem einfachen Parteimitglied ein Versehen sein kann, wird bei dem Führer ein Parteiverbrechen.

Bei dem Verhalten Maslows vor dem Gericht handelt es sich um das letztere. Jedes Mitglied möge aufmerksam die Erklärung der Vertretung des ZK. der KPD. beim EKKI. durchlesen und sich die Frage beantworten: Wie würde eine kleine Ortsgruppe oder eine Betriebszelle gegen ein Mitglied vorgehen, das sich so vor Gericht benimmt? Der Genosse würde mindestens aller Funktionen entboten werden.

Es kann in der revolutionären Partei nicht ein Gesetz für Führer und ein anderes für „einfache" Mitglieder geben. Es muß für die Führer nur geben, mehr Pflichtbewußtsein und schärfere Beurteilung jeder politischen Handlung durch die Partei. Eine revolutionäre Partei, die dies nicht zum Gesetz erhebt, eliminiert die Grundlage, auf der sie steht:

Das Vertrauen der Arbeiterklasse.

Die erste Reichskonferenz der KPD. erkannte dies für den Fall Maslow, wie die in der Erklärung der Delegation des ZK. in ihrem Hauptteil abgedruckte Resolution beweist.

Dieser Beschluß ist nur darum bisher nicht veröffentlicht worden, weil diese Angelegenheit in den Händen der Internationalen Kontrollkommission ruhte.

Durch die Erklärung der Genossin Ruth Fischer, die sie auf der Kritik der Genossen Manuilski und Lominadse an dem Verhalten Maslows abgab, ist vor der gesamten Internationale die Frage aufgerollt und jedes Mitglied wird sein Urteil über das Verhalten des Genossen Maslow fällen.

Wir zweifeln nicht daran, daß jeder Arbeiter, jedes Mitglied unserer Partei wird, daß die Behauptung Ruth Fischers, daß die „Haltung des Genossen Maslow vor dem bürgerlichen Gericht nicht einwandfrei, sondern eine ausgezeichnete Vertretung der kommunistischen Idee und der Kommunistischen Partei" sei, nur weiterer Beweis dafür ist, daß Genossin Ruth Fischer über Vertretung der kommunistischen Idee und Partei Auffassungen vertritt, die unkommunistisch sind. Die Partei wird gegen solche Prinzipien- und Charakterlosigkeit auf das schärfste kämpfen.

Das Polbureau des ZK. hat in seiner gestrigen Sitzung zu der Angelegenheit Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Erklärung der Vertretung des ZK. beim EKKI. — abgegeben am 14. Parteitag der KPD. — zum Verhalten des Genossen Maslow vor dem bürgerlichen Gericht wird vollständig gebilligt.

Es wird das schärfste verurteilt wird die Erklärung der Genossin Ruth Fischer zu derselben Angelegenheit.

Die Erklärung Ruth Fischers unterliegt das Verhalten der Vertretung der gesamten Mitgliedschaft, die nicht duldet ein unwürdiges Verhalten zur revolutionären Jugend gemäß Beschlüsse der ersten Parteikonferenz und der Internationalen Kontrollkommission durch Feststellung des Tatbestandes disziplinieren.

Es fordert darum die Leitungen der Parteiorganisationen auf, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen und dem ZK. mitzuteilen.

Erklärung der Genossin Ruth Fischer

Die an das Präsidium des Parteitages der KPD. gerichtete Erklärung der Genossin Ruth Fischer hat folgenden Wortlaut:

Werte Genossen!

Ich bitte, die nachfolgende Erklärung noch auf dem Parteitag zur Verlesung zu bringen und sie dem Protokoll und einen Auszug dem Pressebericht einzuverleiben:

Trotz meines derzeitigen Aufenthaltes in Moskau wurde es mir nicht möglich gemacht, auf dem Parteitag anwesend zu sein. Ich habe daher erst nachträglich von einigen Aeußerungen der Genossen Manuilski und Lominadse Kenntnis erhalten, die sich nicht auf die politischen Fragen der Kommunistischen Partei Deutschlands allein beziehen, sondern auch einige persönliche Angriffe gegen den Genossen Maslow enthalten. Ich bin daher gezwungen, dem Parteitag der KPD. einige Tatsachen darüber zur Kenntnis zu bringen:

1. Die Parteikonferenz der KPD. vom Oktober faßte keinen endgültigen Beschluß in der Frage des Verhaltens Maslows in seinem Prozeß, sondern überwies diese ganze Angelegenheit an die Exekutive der Komintern. Solange die Angelegenheit schwebte, sollte darüber in der Oeffentlichkeit nicht gesprochen werden. Eine Entscheidung konnte bisher aus technischen Gründen noch nicht gefällt werden. Die Aeußerungen der Genossen Manuilski und Lominadse bringen daher die Angelegenheit des Genossen Maslow vor einer Entscheidung durch die Komintern an die Oeffentlichkeit.

2. Genosse Maslow ist seit 18. Mai 1924 dauernd ununterbrochen im Gefängnis, also fast 19 Monate, und nicht ein halbes Jahr, wie Genosse Lominadse behauptet. Von seiner vierjährigen Gefangenschaft werden, nach einem allgemeinen Beschluß des Rechtsausschusses des Reichstags, aller Voraussicht nach zwei Jahre gestrichen werden, wie das in allen gleichliegenden Fällen geschieht. Behauptungen über irgendwelche andere Erleichterungen entbehren jeder Grundlage.

3. Der Prozeß Maslow und Genossen dauerte zehn Tage. Ich war persönlich, trotz meines heftigen Protestes, vom ZK. als Beobachter dorthin delegiert. Nach meiner festesten Ueberzeugung war die Haltung des Genossen Maslow vor dem bürgerlichen Gericht nicht nur einwandfrei, sondern eine ausgezeichnete Vertretung der kommunistischen Idee und der Kommunistischen Partei. Die Angriffe auf den Genossen Maslow erfolgen nach meiner Anschauung aus politischen Motiven, um ihn persönlich zu diskreditieren. Für diese meine Auffassung sprechen eine ganze Reihe von Tatsachen, die der Parteiöffentlichkeit noch vollständig unbekannt sind und auch auf der Parteikonferenz der KPD. nicht erwähnt wurden, da ich, wie bekannt, auf dieser Parteikonferenz nicht anwesend war. Von diesen Fakten will ich hier nur die wichtigsten anführen:

a) Zur Führung des Prozesses hat Maslow eine schriftliche Disposition eingereicht, die von einem anderen Vertreter des ZK. ausdrücklich gutgeheißen wurde.

b) Während des ganzen Prozesses saßen neben Maslow die Genossen Schlecht (Mitglied des ZK.) und Eyslewica, damals Sekretär des ZK., jetzt Sekretär der Landtagsfraktion, die sich mit allen seinen Ausführungen während des Prozesses solidarisierten.

c) Ich selbst fuhr während des Prozesses mehreremale nach Berlin, ohne daß irgendein Mitglied des ZK. vorschlug, Korrekturen an der Durchführung der Verteidigungslinie anzubringen.

d) In der Urteilsbegründung des bürgerlichen Gerichtes heißt es über Maslow: Der Mann ist von einer ganz besonderen Gefährlichkeit . . . die Handlungen des Angeklagten haben schwere Strafe erfordert und es notwendig gemacht, ihn auf lange Zeit von der Oeffentlichkeit fernzuhalten . . .

e) Im Protokoll der Maslow-Kommission der deutschen Parteikonferenz findet sich folgende Stelle, welche die Tendenz der Maslow-Angelegenheit nach meiner Meinung klar kennzeichnet. „Die Mehrheit der Kommission, mit Ausnahme der Delegierten von Berlin-Brandenburg, schließen sich den Ausführungen der Genossen X . . . an, die besagen, daß es sich nicht um juristisch-organisatorische Fragen handele, sondern um politische Entscheidungen . . ." daß die politische Stellung des Genossen Maslow in seinem Prozeß „kein Ding an sich" sei, sondern in engem Zusammenhang mit seiner Stellung zu all diesen Fragen im Laufe der Entwicklung des letzten Jahres, wie sie besonders kennzeichnend in seinen Schriften zum Ausdruck kommt, steht."

3. Diese Fakten sind nur ein Teil von all denjenigen Tatsachen, die angeführt werden können, um aufzuzeigen, daß es sich bei der Beurteilung des Verhaltens Maslows vor dem Gericht nicht darum handelt zu entscheiden, ob er sich würdig oder unwürdig benommen hat, sondern daß es sich um eine rein politische Frage handelt. Ich bin fest überzeugt davon, daß jeder Kommunist das Recht hat, zu verlangen, daß derartige schwerwiegende persönliche Angriffe nur auf der Basis einer objektiven Untersuchung und Beschlußfassung durch die zuständigen Parteiinstanzen gemacht werden.

Ich bin überzeugt, daß viele Genossen in Deutschland, die Maslow in seiner Arbeit gekannt haben, ungeachtet ihrer gegenwärtigen politischen Einstellung mit mir in dieser Auffassung übereinstimmen werden.

Mit kommunistischem Gruß

Ges. Ruth Fischer.
Mitglied des ZK. der KPD.

Die Antwort der Vertretung des ZK. der KPD.

Zu der Erklärung der Genossin Ruth Fischer an den 14. Parteitag der KPD. haben wir als Vertreter des ZK. der KPD. folgendes zu erklären:

1. Genossin Ruth Fischer hatte keinerlei Mandat, als Mitglied des ZK. der KPD. eine Erklärung zum Fall Maslow abzugeben.

2. Ihre Erklärung steht im krassen Widerspruch zur Auffassung des ZK. und zu den Beschlüssen der Parteikonferenz der KPD.

3. Da Genossin Ruth Fischer zum externsten als Mitglied des deutschen ZK. das von der Parteikonferenz beschlossene Schweigen über die Resolution in der Angelegenheit Maslow bricht, sind wir verpflichtet, als Antwort auf die falschen Darstellungen der Genossin Ruth Fischer dem 14. Parteitag den Hauptinhalt dieser Resolution im Wortlaut mitzuteilen. Er lautet folgendermaßen:

„Die erste Reichsparteikonferenz stellt fest, daß Maslows Haltung vor dem Staatsgerichtshof für einen Führer der revolutionären Partei, der KPD., unwürdig war.

Von den Dutzenden von Hochverratsprozessen, die die deutschen Revolutionäre seit etwa 9 Jahren von den deutschen Klassengerichten, insbesondere seit 2 Jahren von dem Staatsgerichtshof über sich ergehen lassen mußten, wurden noch in keinem Prozeß die revolutionären Ziele der KPD. so unrichtig dargestellt, wie im Prozeß Maslow. Aus Maslows Haltung muß man die Schlußfolgerung ziehen, daß die deutschen Kommunisten harmlos waren, und daß die KPD. keine revolutionäre Partei war und daher gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gar keinen Hochverrat begangen haben könnte.

Die Konferenz hält es für vollkommen unzulässig, Methoden zur Verteidigung anzuwenden, wie es im Maslow-Prozeß geschehen ist, indem er die Verbindung der verantwortlichen Genossen in Berlin mit der Zentrale leugnete und sogar seine oppositionelle Haltung der Zentrale gegenüber zu seiner Verteidigung und Unverantwortlichkeit heranzog.

Die Konferenz verlangt von jedem Genossen, insbesondere von einem verantwortlichen Führer der Partei, daß er vor dem Klassengericht die Ehre der Partei wahrt. Die Konferenz mißbilligt die Haltung des Genossen Maslow und überweist das gesamte Material der ZKK. zur genauen Prüfung und endgültigen Entscheidung."

4. Die Behauptung der Genossin Ruth Fischer, die Angriffe auf Maslow „erfolgten, um ihn persönlich zu diskreditieren", bedeutet einen unerhörten Vorstoß gegen die höchsten Organe der KPD. und der Komintern, die das Verhalten Maslows verurteilt haben.

5. Maslow hat in der von ihm eingereichten Disposition nicht die unwürdige Verteidigungslinie angegeben, die er nachher eingeschlagen hat, insbesondere machte er seine Entschlüsse über seinen Aufenthalt in Moskau ohne Wissen des ZK. Während der Verhandlung konnte das ZK. die Haltung Maslows nicht korrigieren, da es nicht die stenographischen Berichte besaß, und da es die Genossin Ruth Fischer trotz ihrer Aufträge unterließ, dem ZK. die unkommunistischen Abweichungen Maslows mitzuteilen.

6. Genossin Ruth Fischer behauptet in ihrer Erklärung: „Die Haltung des Genossen Maslow vor dem bürgerlichen Gericht war nicht nur einwandfrei, sondern eine ausgezeichnete Vertretung der kommunistischen Idee und der Kommunistischen Partei." Zur Erläuterung dieser Behauptung führen wir aus den vielen unwürdigen Stellen des von seiten der Partei angefertigten stenographischen Protokolls des Maslow-Prozesses folgende Stellen an:

1. Ueber die von der Partei im Jahre 1923 ausgegebene Losung der Arbeiter- und Bauern-Regierung sagte Maslow: „Wir Berliner waren der Meinung, daß das nichts Konkretes war, sondern nur eine Propagandalosung und nicht einmal eine gute." (Pr. S. 53.)

2. Maslow erklärte weiterhin zur Arbeiter-Regierung: „Wir Berliner waren nicht damit einverstanden . . . wir fühlten uns gebunden durch die Disziplin der Partei." Maslow behauptete, die Mehrheit der Kommunistischen Partei lach die Arbeiter-Regierung an „im Rahmen und auf dem Wege der Demokratie". (Pr. S. 15 f.)

3. Maslow berief sich vor dem bürgerlichen Gericht auf seinen Reformismus bezüglich der revolutionären Entwicklung und erklärte: „Wenn jemand der Meinung ist, daß das Tempo langsamer sein muß, ist es ganz ausgeschlossen, daß er ein hochverräterisches Unternehmen in demselben Augenblick unternimmt." (Pr. S. 64 f.)

4. Maslow denunzierte geradezu die Teilnehmer der unter Anklage gestellten Exekutivsitzung vom Januar 1923. Er sagte: „Die Sitzung der Exekutive war besucht von einer ganzen Reihe von Leuten. Es ist auffällig, daß nur mir ein Verfahren angeklagt worden ist." Der Reichsanwalt antwortete sofort, daß auch gegen die anderen Teilnehmer ein Strafverfahren eingeleitet werde. (Pr. S. 84 f. bzw. S. 55 f.)

5. Maslow desavouierte das ZK. der Partei, um die Verantwortung von der Berliner Bezirksleitung abzuwälzen. Er erklärte vor dem Gericht: „Es ist doch bekannt, daß die Berliner Bezirksleitung und die Reichszentrale in Berlin als Gegner in der Partei gegenüberstanden." (Pr. S. 71.)

6. Maslow denunzierte direkt das ZK., als er zu einem wegen Hochverrats verfolgten Flugblatt erklärte: „Das Flugblatt ist unterschrieben von der Zentrale der KPD. Es scheint mir deshalb außer Zweifel, daß dieses Flugblatt verfaßt worden ist von der Zentrale der KPD. . . . ich nehme an, daß die Bezirksleitung in Berlin nichts damit zu tun hat." (Pr. S. 8 f.)

7. Maslow nutzte seine Differenzen mit der Exekutive der Komintern zu seiner Entlastung aus. Auf die Behauptung der Anklageschrift, „er sei ein fanatischer Vertreter der Moskauer Direktiven", antwortete er: „Das ist nicht wahr. Wir Berliner waren stets in der Opposition." (Pr. S. 65.)

8. Maslow erzählte dem bürgerlichen Gericht, er sei in Moskau „festgehalten" worden. Er sagte, „daß die damalige Leitung der Partei die Meinung geäußert hatte, daß es nötig sei, daß ich dort bliebe und vollständig abgeschnitten würde." . . . „Ich muß auch schildern, was ich in Moskau erlebt habe, schon zum Verständnis dessen, was das mit der Anklage zu tun hat . . . Es lag ein Beschluß vor, daß ich in Moskau zu bleiben hätte und mich um nichts in der Partei zu kümmern hätte . . . Selbst literarisch konnte ich nicht mitarbeiten." (Pr. S. 61.)

9. Maslow biederte sich in kleinbürgerlicher Weise an die bürgerlichen Klassenrichter an. Er erklärte, daß er in Deutschland „eine bessere Erziehung haben konnte" als in Rußland. (Pr. S. 65.) Er sei „sehr froh und dankbar dafür", daß ihm die deutschen Behörden im Kriege die Möglichkeit gegeben hatten zu studieren.

10. Maslow erkannte im Gegensatz zu den gedruckten Richtlinien der Partei für politische Gefangene die von der Polizei und der Justiz vorgelegten Protokolle und Briefe, darunter auch Privatbriefe führender Exekutivmitglieder ohne weiteres als echt an, obwohl sie sogar der parteiloyse Schumacher als Fälschungen bezeichnete.

VII. Wir glauben, daß auf Grund dieser Tatsachen sowohl der 14. Parteitag der KPD., als auch die gesamte Kommunistische Internationale beurteilen kann, ob Maslows Verhalten vor Gericht „eine ausgezeichnete Vertretung der kommunistischen Idee und der Kommunistischen Partei war", wie es die Erklärung der Genossin Ruth Fischer feststellt, oder ob „Maslows Haltung vor dem Staatsgerichtshof für einen Führer der revolutionären Partei unwürdig war", wie es die Resolution der deutschen Parteikonferenz und die entsprechenden Beschlüsse der Internationalen Kontrollkommission feststellen.

Moskau, den 31. Dezember 1925.

Gezeichnet: Die Vertretung des Zentral-Komitees der KPD. beim Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale.
Otto Kühne, Heinz Neumann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260108-16/fragment/page=0009

Der diesjährige

Inventur-Ausverkauf

hat begonnen und dauert 12 Tage — bis zum 16. Januar

Alle Modewaren und Restbestände, deren völlige Räumung erzielt werden soll, sind im Preise besonders tief herabgesetzt

10 % auf alle dem Ausverkauf nicht unterstellten Waren 10 %

Verkauf nur gegen Barzahlung — Kein Umtausch — Mengenabgabe vorbehalten

OTTO DOBKOWITZ, MERSEBURG

Gegründet 1889 — **Entenplan 8** — Fernsprecher 58

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

Sanitas-Bad
Gr. Steinstraße 15, part. (Eingang Mittelstraße)
Telephon 6122 Telephon 6122
Vollständig neu eingerichtet
Bäder für Krankenkassen
Geöffnet für Damen und Herren von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr

TABAKWAREN
nur Qualitätsware in **enormer** Auswahl zu **niedrig.** Preisen
kaufen Sie in den Spezialgeschäften von
Otto Mertens Gr. Steinstraße 32, Alter Markt 3, Freimfelder Str. 10
Telephon 5150 Telephon 5150

Ihr sollt bei **Sobel** kaufen, weil er billig ist

Most-Pelze sind gut und billig! Kein Laden, deshalb bedeutende Ersparnisse für den Käufer
Karlstr. 17 (Ecke Sophienstraße)
Haltestelle der Linien 5 u. 8

Max Altermann Halle a. d. Saale, Bernburger Straße 31
Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel vom einfachsten bis zum elegantesten
Gewissenhafte Bedienung

Elektrische Licht-, Kraft- u. Signalanlagen
jeder Größe. — Zentralen- und Ortsnetzbau
Kurt Jähnig, Dryanderstr. 9
Telephon 1235, 1937

Empfehle für diese Woche:
prima Roßfleisch sowie sämtliche Wurstwaren in bekannter Güte
August Thurm, Roßschlächterei Reilstr. 10 Tel. 6507

Wilhelm Janssen
Halle a. d. Saale
Liebenauer Straße 182
Woll- und Kurzwaren
Trikotagen
Bettwäsche u. Inletts
Bettfedern von 1,35 Mk. an
Wollgarn von 0,75 Mk. an

Willy Horn
Schöbels Nachf.
83 Leipzigerstr. 83
Schuh- u. Filzwaren
preiswert und gut

Restaurant Franz Teichmann
Glauchaer Straße 32
Reichhaltige Auswahl in Speisen u. Getränken

Spielwaren
speziell Eisenbahnen und Aufzug-Artikel
Musikwaren
stets neueste Schlager in
Schallplatten
Karl Albrecht, Halle-S.
Alter Markt 3

Max Ott, Halle a. S.
Steinweg 26
Drogen, Farben, Seifen

Zigarren Zigaretten, Tabake
Otto Mucha
Großhandlung
Lerchenfeldstr. 12 Telephon 1750

Pelzwaren
kauft man billig und gut bei
Franz Halle
Gr. Steinstraße 13, Eing. Mittelstr.

Billigste Bezugsquelle für
Haushaltungs- und Spielwaren
S. H. Schönbach
Schmeerstraße 1

Drogen, Chemikalien
Farben, Lacke, Firnisse, Pinsel
Haushalt- u. Waschartikel
Bruno Pretzsch
Halle-S., Moritzzwinger 1
Fernsprecher 5350

Neuheiten in
Hüten und Mützen
für Herren und Knaben
Oberhemden, Kragen, Krawatten
Wiener Hutbazar
Schmeerstr. 14 Schmeerstr. 14

Goldene Sichel
Halle a. d. Saale
Dessauer Str. 2b, Steinweg 30, Talamstr. 7
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

Total-Ausverkauf
wegen Aufgabe der Damenwäsche
Noch vorhanden sind:
Damenhemden, Prinzeßröcke
Untertaillen, Hemdentuch usw.
A. Hoppe, Halle a. S. Kuhgasse

Woll- u. Weißwaren
Schürzen, Strümpfe usw.
und viele Bedarfs-Artikel
empfiehlt billigst
A. Kunz, Hallmarkt

Fahrräder Triumph, Panther, Presto, Viktoria
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
Zahlungserleichterungen
Paul Krause, Kl. Ulrichstr. 18

Mitteldeutsches Brennstoff-Kontor
Delitzscher Str. 6 G. m. b. H. Delitzscher Str. 6
Kohlen- u. Brennstoff-Großhandlung
liefert
Michel-Brikett
anerkannt beste Marke

Kaufen Sie Ihre
Schuhwaren
beim Fachmann
W. Gregor
Schuhmachermeister
Landsberger Str. 55

Eisenwaren, Werkzeuge, Baubeschläge, Haushaltungsgeräte, Besen und Bürsten
Georg Temme
Delitzscher Straße 11

Fertige Betten, Inlett-Stoffe
Bettfedern
liefert besonders billig
Kreß & Co., Plännerhöhe 4, part.

Alle Parteigenossen und Arbeiter decken ihren Schuhbedarf
Billigste Preise im Riesen-Auswahl
Massenschuhverkauf
im Gewerkschaftshause Harz 42-44
Mittel-Rhein. Schuhwaren-Handels-Ges. m. b. H., Halle a. d. S.

Carl Saatz, Halle a. d. S.
Drogerie Rannischestraße 6 Parfümerie
empfiehlt
Seifen, Parfüms, Kölnische Wasser
Toilette-Artikel, Besen u. Bürstenwaren

Zigarren, Zigaretten und Tabake
kaufen Sie billigst bei
E. Helbing
en gros Triftstraße 1 en detail
— Telephon 4328 —

Roßschlächterei Max Zaubitz
Steinweg 52
empfiehlt ständig:
Prima fettes Roßfleisch u. bekannte gute Wurstwaren
Tägl. warme Brühwurst u. k. Gebäck
Im Restaurant:
Gute Biere u. tägl. warme Speisen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260108-16/fragment/page=0010